

Inhaltsverzeichnis

S #saarstark – Für deine Zukunft

S-1	Landesvorstand	11 – Punkte-Programm der Jusos zur Landtagswahl 2022	2
-----	----------------	--	---

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A-1	Saarpfalz	Private Altersvorsorge am Finanzmarkt stärken	9
A-2	Saarpfalz	Die Schufa – ein Unternehmen mit Monopolmacht und zweifelhaften Praktiken	11
A-3	Saarlouis	Sicherung und Ausweitung der unbefristeten Übernahme	14
A-4	Saarlouis	Sicherung und Ausbau der Ausbildungsplätze	15

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B-1	Saarlouis	Ausbau von Technikunterricht an weiterführenden Schulen im Saarland	17
B-2	Juso HSG und Unabhängige	Und unter den Talaren, der Muff von Tausend Jahren CDU	18

D Digitalisierung

D-1	Saarbrücken-Stadt	Digitale Lehre vorantreiben	21
-----	-------------------	-----------------------------	----

E Energie, Umwelt und Verkehr

E-1	Saarpfalz	Wir sagen Elektroschrott den Kampf an!	23
E-2	Saarbrücken-Land	0% Zins für 0 Emission – Verkehrswende durch private Fahrradanschaffungen fördern	24
E-3	Saarbrücken-Land	Mountainbiken in geordnete Bahnen lenken – Konflikte entschärfen und Potentiale erkennen	25
E-4	AK Umwelt	Nachhaltige Entwicklung neu denken	26

G Gleichstellung, Familie und Gesundheit

G-1	Neunkirchen	Den Straßenverkehr für alle sicher machen!	41
G-2	Saarpfalz	Kostenübernahme für das ärztliche Attest vor Erstaufnahme in Kindertagesstätten durch die Gesetzlichen Krankenkassen	42
G-3	St. Wendel	Sichere und würdevolle Geburten im Saarland garantieren	43

I Internationales

I-1	Saarpfalz	Patente für Medikamente und Impfstoffe während einer Pandemie freigeben	46
I-2	Saarbrücken-Land	Arzneimittel-Lizenzen	48
I-3	Landesvorstand	Europa. Hier und jetzt 2022 – 2027 Resolution der Saar Jusos	49

K Kultur, Infrastruktur und Demokratie

K-1	Saarlouis	Flächendeckendes und funktionierendes WLAN an Schulen ausbauen	53
K-2	Saarbrücken-Land	Kommunale Finanzen auf den Kopf stellen – Funktionierende Kommunen als Keimzelle der Demokratie	54
K-3	Saarbrücken-Stadt	Katastrophenschutz digital vorantreiben	56

S #saarstark – Für deine Zukunft

S #saarstark – Für deine Zukunft

S-1	Landesvorstand	11 – Punkte-Programm der Jusos zur Landtagswahl 2022	2
-----	----------------	---	---

S-1

Titel 11 – Punkte-Programm der Jusos zur Landtagswahl 2022

AntragstellerInnen Landesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

11 – Punkte-Programm der Jusos zur Landtagswahl 2022

1 Wer im Saarland lebt, will bleiben. Das gilt für jene Menschen, die hier geboren sind – es gilt auch für viele,
2 die in den vergangenen Jahren zu uns gekommen sind. Für uns ist das Saarland mehr als irgendein Wohnort.
3 **Es ist ein Lebensgefühl.** Hier ist Zusammenhalt keine Phrase, sondern Alltag. Hier gehen Kunst, Kultur und
4 Kulinarik Hand in Hand. Hier lässt es sich gut leben, lernen und arbeiten.

5 Trotzdem fehlen oft nach dem Schulabschluss sicherere Perspektiven. Manchmal fehlt der passende Studien-,
6 oder Ausbildungsplatz. Öfter noch findet sich danach keine adäquate Arbeitsstelle im Land. Leider werden in
7 anderen Bundesländern auch häufig bessere Gehälter gezahlt. Das sind dann entscheidende Gründe, warum
8 sich junge Menschen gegen das Saarland entscheiden.

9 Wir sind überzeugt: Beste Perspektiven für junge Menschen sind das Fundament für eine gute Zukunft im
10 Saarland. Die SPD arbeitet dafür in der Landesregierung in den relevanten Schlüsselpositionen. Mit Erfolg: Kein
11 Land hat sich in den vergangenen Jahren in der Bildungspolitik so vorbildlich weiterentwickelt wie das Saarland.
12 Verantwortung trägt die SPD auch in der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Gemeinsam kämpfen wir für Klima-
13 schutz, der Arbeitsplätze schafft. Die Ansiedlungserfolge von Anke Rehlinger zeigen, dass das geht.

14

15 Es bleibt aber viel zu tun:

16 • Jedes fünfte Kind im Saarland gilt als arm – ein Armutszeugnis in einem so reichen Land. Das Saarland
17 darf nicht länger nur auf den Bund verweisen. Sozialpolitik muss künftig von Sozialdemokrat*innen
18 gemacht werden.

19 • Unsere repräsentative Demokratie braucht ein Update – auch im Saarland. Die Landespolitik muss
20 jünger und weiblicher werden. Teilhabe junger Menschen muss mehr sein als eine Showveranstaltung,
21 sondern ein ständiger Prozess des gegenseitigen Lernens und Verstehens.

22 • Es braucht einen Push bei den Erneuerbaren Energien. Klimaneutrale Industrieproduktion braucht viel
23 mehr Strom aus Sonne, Wind und Wasser. Dafür braucht es eine Politik, die das Kreuz auch dann breit
24 macht, wenn vor Ort Überzeugungsarbeit geleistet werden muss.

25 • Steigende Mieten sind auch die Konsequenz aus einer gescheiterten Baupolitik im Land. Es braucht
26 endlich wieder mehr Wohnungen mit Sozialbindung. Und es braucht einen Bauminister, der auch mal
27 baut.

28 • Die saarländische Wirtschaftsstandort muss diverser werden. Durch Ansiedlungen aber auch durch
29 Ausgründungen. Dafür braucht es eine Förderkulisse damit aus den klügsten Ideen des Landes auch
30 Arbeitsplätze entstehen. Klar ist dabei auch: Neue Arbeitsplätze müssen auch faire Arbeitsplätze sein.
31 Wir wollen das hohe Lohnniveau und die vergleichsweise hohe betriebliche Mitbestimmung sichern
32 und ausbauen.

33 Wir Jusos wollen Zukunft gestalten. #Saarstark – Für Deine Zukunft!

34 **1. Für einen Euro am Tag durch das ganze Saarland – Mit dem 365-Euro-Ticket**

35 Als Jusos kämpfen wir für den konsequenten Ausbau des ÖPNV. Wir sind überzeugt: Echte Wahlfreiheit gibt es
36 nur dann, wenn Bus und Bahn mindestens genauso attraktiv sind wie das eigene Auto. Alle Saarländer*innen
37 müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen können. Unser öffentlicher Personen-
38 nahverkehr muss nachhaltig, bezahlbar, barrierefrei und verlässlich sein. Ein guter ÖPNV bedeutet für uns aber
39 auch, dass gerechte Bezahlung und faire Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten weiter vorange-
40 trieben werden. Anke Rehlinger hat mit der Tarifreform einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung unter-
41 nommen. So muss es weitergehen: Wir fordern daher die Einführung des 365-Euro-Tickets mit freier Fahrt im
42 ganzen Saarland. Wir wollen Radwege ausbauen, öffentliche Flick- und Pumpstationen an Fahrradstraßen ein-
43 richten und die Fahrradmitnahme auch vor 9 Uhr im ÖPNV ermöglichen. Im Herzen Europas braucht es einen
44 Verkehrsverbund. Wir fordern daher einen grenzüberschreitenden Verkehrsverbund der Großregion.

45 **2. Saarland zum Zukunftsstandort für ein modernes Gesundheitssystem machen.**

46 Schon heute ist die Gesundheitswirtschaft mit über 90.000 Beschäftigten ein Eckpfeiler der Saar-Wirtschaft.
47 Darauf wollen wir aufbauen und das Saarland zum Zukunftsstandort für ein modernes Gesundheitssystem
48 weiterentwickeln. Dabei ist unser Credo, dass Gesundheit dem Menschen dienen muss und nicht zur Ware
49 werden darf.

50 Wir wollen ein Gesundheitssystem in dem die Patient*innen im Mittelpunkt stehen. Dafür muss der Pflegebe-
51 ruf durch bessere Bezahlung und weniger Arbeitsbelastung attraktiver gemacht werden. In der Krankenpflege
52 fordern wir ein angemessenes Personalbemessungssystem, das sich an klaren fachlichen Kriterien bemisst
53 und alle Bereiche umfasst. Weiterer Handlungsbedarf besteht in der Altenpflege und in der ambulanten Pfl-
54 ge. Da hier der gewerkschaftliche Organisationsgrad hier oft nur gering ausgebildet ist, muss die Politik aktiv
55 die Verbesserung der Arbeits- und Qualitätsbedingungen in den Fokus rücken. Wir begrüßen in diesem Zusam-
56 menhang das große Engagement der Arbeitskammer des Saarlandes um die Arbeitsbedingungen der Pflege
57 im Saarland nachhaltig zu verbessern.

58 Die saarländische Krankenhauspolitik hat Strukturveränderungen in der Vergangenheit zu häufig allein dem
59 Markt und den Trägern überlassen. Das Land muss endlich wieder seiner Verantwortung in der Krankenhaus-
60 planung gerecht werden, um den Krankenhausstandort weiterzuentwickeln. Die deutliche Erhöhung der Kran-
61 kenhausinvestitionen ist zu begrüßen, reicht aber bei weitem nicht aus, um den Investitionsstau der vergan-
62 genen Jahre zu beenden.

63 Handlungsbedarf besteht auch bei der flächendeckenden Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen, ins-
64 besondere im Hinblick auf den sich verschärfenden Haus- und Fachärztemangel. Das Land muss eine gute Ge-
65 sundheitsversorgung in Stadt und Land auch in den kommenden Jahren sicherstellen. Wir setzen uns daher für
66 den Abbau von Sektorengrenzen und unnötigen bürokratischen Hürden ein. Der Einsatz von Telemedizin soll
67 überall dort ermöglicht werden, wo diese zur Verbesserung der Versorgungsqualität beitragen kann.

68 **Wir müssen unsichtbare Krankheiten endlich sichtbar machen!** Psychische Erkrankungen sind auf dem
69 Vormarsch und nicht erst auch die Corona Pandemie zu einem immanenten gesellschaftlichen Problem ge-
70 worden. Beschäftigte im Saarland weisen bundesweit sogar den höchsten Krankenstand aufgrund psychischer
71 Leiden auf. An unsichtbaren Krankheiten Leidende werden in ihrem sozialen und beruflichen Umfeld immer
72 noch mit großen Vorurteilen konfrontiert. Betroffene müssen in der Regel viele Monate auf einen Therapie-
73 platz warten- das ist schlicht unzumutbar. Wir fordern von der KV ihrem Versorgungsauftrag gerecht zu werden
74 und das psychotherapeutische Angebot im Saarland auszuweiten. Auch eine bessere Qualifizierung der Haus-
75 ärzte, die häufig die erste Anlaufstelle für Menschen mit seelischen Störungen darstellen, ist wichtig, um die
76 Versorgung der betroffenen Patient*innen zu verbessern. Die Landesförderung sozialpsychiatrischen Dienste
77 – also für die ambulante Grundversorgung – muss im Saarland gesetzlich festgeschrieben werden. Um die Ak-
78 zeptanz und das Verständnis für psychische Erkrankungen früh zu fördern, fordern wir Projektstage an Schulen,
79 bei welchen Aufklärungsarbeit geleistet und von Beginn an sensibilisiert wird.

80 **3. WLAN für alle und digitales Bürger*innenamt**

81 In unserer vernetzten und digitalisierten Welt des 21. Jahrhunderts ist ein schnelles und gutes Internet im öf-
82 fentlichen Raum ein wichtiger Bestandteil digitaler Teilhabe vor allem junger Menschen. Deshalb fordern wir
83 kostenfreie Hotspots im öffentlichen Raum. Das Land soll hier gemeinsam mit den Kommunen klare Zielvorga-
84 ben auf dem Weg zu einer 100%-Abdeckung formulieren und umsetzen. Insbesondere im Bereich des ÖPNV

85 ist ein stabiles WLAN ein wichtiger Bestandteil der Attraktivitätssteigerung. Wir fordern deshalb die Einrich-
 86 tung von Hotspots in Bus und Bahn, an Bushaltestellen, Bahnhöfen und Bahnhofsvorplätzen. Die öffentliche
 87 Verwaltung muss digitaler werden. Insbesondere Bürgerdienste, die kein persönliches Vorsprechen im Bür-
 88 geramt rechtlich erfordern müssen zwingend auch online und barrierefrei angeboten werden. Das Land muss
 89 die Kommunen beim Aufbau der Onlinedienste sachlich und finanziell unterstützen. Das Saarland muss sich
 90 im Bund außerdem ebenfalls für eine konsequente Umsetzung und schnelle Etablierung des Portalverbundes
 91 einsetzen.

92 **4. Solarzellen auf allen öffentlichen Gebäuden!**

93 Die Klimakrise ist eine der größten politischen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Wir erkennen
 94 die Notwendigkeit zu entschlossenem Handeln an und wollen, dass die nächste Landesregierung ihren Beitrag
 95 dazu leistet, die Erhöhung der globalen Erderhitzung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Im Saarland geht
 96 das nur durch eine grundlegende Transformation der Industrieproduktion. Wir sind bereits auf dem richtigen
 97 Weg: Etwa durch angestrebte Investitionen in grünen Stahl mit Wasserstoff oder durch die Ansiedlungen des
 98 Batteriezellenherstellers SVOLT. Jetzt braucht es mehr politischen Druck beim Ausbau der erneuerbaren En-
 99 ergien im Saarland. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die Ausweitung von Flächen für Windkraftanlagen.
 100 Hier muss die Politik mutiger sein, auch bei vereinzelt Widerständen. Wenn man es mit der Klimakrise und
 101 dem immensen Strombedarf der Industrie ernst nimmt, dann gibt es keine Alternative zu mehr Windkraft.
 102 Das gleiche gilt für den Ausbau von Photovoltaik und Solarthermie. Der Ausbau von Anlagen auf öffentlichen
 103 Gebäuden kommt nicht voran, weil das zuständige Bauministerium dem Ausbau keine Priorität zumisst. Das
 104 muss sich ändern. Wir fordern eine zentrale Koordinierungsstelle für den Ausbau erneuerbarer Energien und
 105 die Förderung von Bürger*innenenergiegenossenschaften durch zinsfreie Investitionskredite.

106 Um den Ausbau erneuerbarer Energien auch auf kommunaler Ebene voranzutreiben, müssen die haushalts-
 107 rechtlichen Rahmenbedingungen für Kommunen dahingehend angepasst werden, dass Investitionen in Kli-
 108 maschutz und Maßnahmen der Klimafolgenanpassung von der kommunalen Schuldenbremse ausgenommen
 109 sind. Zusätzlich soll es dafür vom Land zinsfreie Investitionskredite geben.

110 **5. Unabhängige(r) Polizeibeauftragte(r) einführen**

111 Sozialdemokratische Sicherheitspolitik geht nicht ohne die Stärkung von Bürger*innenrechten. Deswegen set-
 112 zen wir uns für die Einführung eines/einer unabhängigen Polizeibeauftragten ein, der auch für Bürger*innen-
 113 beschwerden zuständig ist und mit eigenen Ermittlungsbefugnissen ausgestattet ist. Bei der Verfolgung von
 114 Straftaten gibt es kein Regelungsdefizit, sondern ein Kontroll- und Vollzugsdefizit. Ursache dafür ist der jah-
 115 relange Personalabbau bei Polizei und Justiz unter der Saar-CDU. Wir brauchen mehr Polizist*innen in den
 116 Wachen und vor allem mehr Polizei auf der Straße.

117 Doch gerade die gesellschaftlichen Debatten der letzten Wochen haben uns gezeigt, dass wir Polizeiarbeit neu
 118 denken müssen. Als Behörde, die das staatliche Gewaltmonopol innehat, muss die Polizei umso stärker kon-
 119 trolliert werden und sich immer wieder der Debatte um nötige Reformen stellen. Sozialdemokratische Sicher-
 120 heitspolitik stellt Deeskalation, Prävention und Kooperation in den Mittelpunkt polizeilichen Handelns. Dafür
 121 braucht es mehr geschultes Personal zur Unterstützung der Polizeiarbeit um Situationen mit Konfliktpotenzial
 122 zu entschärfen. Wir fordern deshalb die Einstellung von mehr Sozialarbeiter*innen, Streetworker*innen und
 123 Krisenbewältiger*innen. Da die Polizei so bunt sein soll, wie die Gesellschaft, die sie zu schützen hat, setzen
 124 wir uns für mehr Stellen für BIPoC und Frauen ein.

125 **6. Wahlalter ab 16 zur Koalitionsbedingung machen**

126 Gerade die Corona-Politik hat gezeigt, dass die Belange junger Menschen sehr häufig hinter anderen Erwägung-
 127 en zurückstecken mussten. Für viele Jugendliche waren Entscheidungen häufig nicht mehr nachvollziehbar,
 128 sie fühlten sich ungehört. Verstärkt wird dieser Eindruck durch das demographische Bild der Gesellschaft.
 129 Das wird vor allem bei Wahlen deutlich. In der Gesellschaft gibt es viel mehr ältere Menschen, die bei Wah-
 130 len über die politische Ausrichtung der Regierungen entscheiden, als junge Menschen, die noch längere Zeit
 131 mit den Entscheidungen der gewählten Regierungen leben müssen. Wir fordern deshalb die **Absenkung des**
 132 **Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 16 Jahre.** Für uns ist die Absenkung des Wahlalters
 133 Ausdruck einer guten Jugendpolitik, die echte Beteiligungsmöglichkeiten bietet. Echte Beteiligung meint da-
 134 bei eine Kommunikation auf Augenhöhe zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträger*innen, sowie die
 135 Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Diese Forderung soll von der SPD als Koalitions-

136 bedingung vor dem Eintritt in Koalitionsverhandlungen festgelegt werden. Zusätzlich setzen wir uns für die
137 Stärkung der Jugendbeteiligung von den Kommunen, über Gemeinden bis auf die Landesebene ein. Wir wol-
138 len echte Beteiligungsformate schaffen, dies können zum Beispiel Jugendbeiräte mit eigenen Rederechten
139 und finanziellen Mitteln, ein Jugendparlament auf Landesebene oder andere direkte Formen der Beteiligung
140 sein.

141 **7. Gebührenfreiheit von der KiTa bis hin zum Master oder Meister**

142 Gute Bildung für alle ist das Kernversprechen sozialdemokratischer Politik. In den vergangenen 10 Jahren hat
143 das Saarland bildungspolitisch im Ländervergleich massiv aufgeholt – dank der erfolgreichen Arbeit von Chris-
144 tine Streichert-Clivot und ihrem Amtsvorgänger Ulrich Commerçon. So hängt der Bildungserfolg der Kinder
145 heute deutlich weniger vom Geldbeutel der Eltern ab, als noch vor 10 Jahren. Wir haben massiv in echten
146 Ganztage investiert und werden dies auch weiter tun. Wenn andere Jugendorganisationen den Weg zum Abitur
147 nur noch Gymnasien vorbehalten wollen, dann offenbart das ein völlig verkrustetes Gesellschaftsbild der frü-
148 hen Nachkriegsjahre. Für solche Rollbacks stehen Jusos und Saar-SPD nicht zur Verfügung. Stattdessen stehen
149 wir für den weiteren Ausbau der digitalen Bildung und für mehr multiprofessionelle Teams an Schulen. Die
150 Benachteiligung einzelner Berufsgruppen im Schulmitbestimmungsgesetz lehnen wir ab und dieser Umstand
151 muss schnellstmöglich geändert werden. Unser Ziel bleibt klar: Gebührenfreie Bildung von Anfang an. Von der
152 Kita bis zum Master oder Meister. Nach der Halbierung der Krippen- und Kita-Gebühren setzen wir uns für die
153 komplette Absenkung bis zum Jahr 2025 ein.

154 **8. Ausbildung mit Zukunft! Saarländische Ausbildungsplatzgarantie schaffen.**

155 Der erste saarländische DGB-Ausbildungsreport zeigt, dass eine deutliche Mehrheit der jungen Menschen im
156 Saarland mit ihrer Ausbildung zufrieden sind. Auf den zweiten Blick wird aber auch deutlich, dass es an vielen
157 Stellen Mängel bei der Ausbildungsqualität gibt. Für uns ist klar: Wenn wir im Saarland zukunftsfeste Ausbil-
158 dungsplätze anbieten möchten, dann müssen diese attraktiv, für alle zugänglich und mit guten Rahmenbedin-
159 gungen ausgestaltet sein. Die Vielfalt des Arbeitsmarktes muss sich auch auf dem Ausbildungsmarkt wider-
160 spiegeln und es müssen insbesondere ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Gerade das letzte
161 Jahr hat gezeigt, dass noch immer zu wenige Betriebe im Saarland ausbilden und die Begleitung und Beratung
162 junger Menschen ins Ausbildungs-, Studien- und Berufsleben noch ausbaufähig ist. Dass viele Ausbildungs-
163 stellen im Saarland unbesetzt blieben zeigt vor allem eins: Wir brauchen dringend mehr Berufsorientierung
164 vor Ort in den allgemeinbildenden Schulen und mehr Berufspraktika während der Schulzeit!

165 Wir möchten, dass junge Menschen für ihre Ausbildung und für das anschließende Berufsleben im Saarland
166 bleiben (können) und hier die besten Startbedingungen ins Arbeitsleben vorfinden. Deswegen setzen wir uns
167 für einen **gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz im Saarland** ein. Priorität sollen
168 dabei betriebliche Ausbildungsplätze und Ausbildungsplätze in Zukunftsberufen haben. Finanzieren wollen
169 wir diese saarländische Ausbildungsplatzgarantie über einen Zukunftsfonds. In diesen sollen Betriebe, ohne
170 Auszubildende ab fünf Beschäftigten einzahlen. Zusätzlich sollen anteilig betriebliche Jahresüberschüsse die-
171 ser Betriebe und Gelder aus dem Etat der Landesregierung in den Zukunftsfonds fließen.

172 Betriebe die ausbilden, können aus diesem Fond durch Anträge eine Förderung zur Sicherung der Ausbil-
173 dungsqualität und Ausbildungsplätze erhalten.

174 Die Landesregierung versorgt die jungen Menschen ohne Ausbildung über den Fond mit einem Ausbildungs-
175 platz ihrer Wahl. Die Ausbildung soll in überbetrieblichen Verbundwerkstätten stattfinden. Im 1. Ausbildungs-
176 jahr soll eine Vermittlung in einen Betrieb erfolgen. Dies darf jedoch nicht zulasten regulärer Ausbildungsplätze
177 im Betrieb gehen. Ist eine Vermittlung nicht möglich kann der/die Auszubildende seine Ausbildung über die
178 Verbundwerkstatt abschließen. Nur Betriebe, die keinen guten Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen, zahlen
179 in diese Umlage ein und beteiligen sich solidarisch an der Ausbildung und somit an der Zukunftsfähigkeit der
180 Ausbildung im Saarland.

181 Auch die Qualität der Ausbildung wollen wir steigern. Zum einen sollen Auszubildende mitentscheiden kön-
182 nen, welche Zukunftsthemen zusätzlich fester Bestandteil ihrer Ausbildung werden. Zum anderen wollen wir
183 Kompetenzen bündeln und somit bereits während der Ausbildung die Transformation der Arbeitswelt be-
184 rücksichtigen: Kammern, Berufsschulen und Hochschulen sollen gemeinsame Kompetenzzentren bilden, die
185 an den Berufsschulen angesiedelt werden. So stärken wir die Zusammenarbeit von Forschung, Praxis und der
186 Ausbildung.

187 9. Ihr Studierenden kommt! – den Hochschulstandort stärken

188 Wir haben uns als Ziel gesetzt wieder eine Millionen Saarländer*innen zu werden! Die Hochschulen sind ent-
189 scheidende Pull-Faktoren, um junge und innovative Menschen ins Saarland zu bringen. Um diese dann aber
190 auch zu halten, müssen wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Stellen endlich entfristet und richtig ent-
191 lohnt werden. Hierzu müssen die Hochschulen und all ihre Fachbereiche ausfinanziert werden. Breitenlehre
192 statt Exzellenzförderung!

193 Deutschlandweit ist in den letzten fünf Jahren die Anzahl der Studiengänge mit Zulassungsbeschränkung ge-
194 sunken, nur im Saarland nicht. Als Auswahlkriterium dient bei zulassungsbeschränkten Studiengängen die
195 Abiturnote oder die Zahl der Wartesemester. Gerade das hindert viele Studieninteressierte daran, ihren fa-
196 vorisierten Studiengang zu beginnen. Mit der Senkung der Anzahl der zulassungsbeschränkten Studiengänge
197 kann die Attraktivität des Saarlands als Studienort gesteigert werden.

198 Doch auch das Studieren selbst stellt für viele junge Menschen eine große finanzielle Herausforderung dar.
199 Neben dem Vollzeitstudium (also 40h/Woche!) müssen sich viele Studierende durch Minijobs den Lebensun-
200 terhalt finanzieren. Was dann oft leidet ist der Studienerfolg. Helfen können hier die Abschaffung der Ver-
201 waltungsgebühren, die seit ihrer Einführung keinerlei Verbesserung in den durch die Sparpolitik betroffenen
202 Bereichen erzielt haben, sondern lediglich in den Globalhaushalten versickern. Beim Bafög muss die Zahl der
203 Förderberechtigten gesteigert werden, indem die Regelstudienzeit im Bachelor auf die tatsächliche Durch-
204 schnittstudienzeit von mindestens 8 Semestern angehoben wird und weniger Module pro Semester absolviert
205 werden müssen.

206 10. Die Stadt gehört uns allen: 5.000 Sozialwohnungen bis 2027

207 Die Entwicklung des Wohnungsmarkts ist auch im Saarland besorgniserregend. Im Jahr 2005 gab es im Saar-
208 land noch 5000 Sozialwohnungen. Vergangenes Jahr waren es nicht unter 500. Die Zahl der armutsgefährdeten
209 Menschen im Saarland steigt stetig. Sie hat sich im Saarland seit 2010 vervielfacht. Gerade ältere Menschen
210 im Saarland sind im bundesweiten Vergleich besonders stark von Armut bedroht. Auch die Kinderarmut ist im
211 Saarland in den vergangenen zehn Jahren so stark gestiegen wie in fast keinem anderen Bundesland.

212 Diese Menschen stehen einem Wohnungsmarkt entgegen, in denen hohe Mieten, Sanierungsstau, sowie Miet-
213 haie an der Tagesordnung stehen. Laut Angaben der Hans-Böckler-Stiftung fehlt es bereits in der Landeshaupt-
214 stadt Saarbrücken an rund 17.000 günstigen Wohnungen. Zudem gelten rund 60 Prozent der Mieter*innen-
215 haushalte in der Landeshauptstadt als überlastet, da sie über 30 Prozent ihres Einkommens für Warmmiete
216 ausgeben müssen.

217 Um bezahlbares Wohnen ermöglichen zu können, brauchen wir eine neue Bodenpolitik. Es muss Investitions-
218 zuschüsse geben und die Förderprogramme müssen derart verbessert werden, dass durch optimierte För-
219 derkriterien und verstärkte Bezuschussung sozialer Wohnungsbau im Saarland einerseits für Investoren und
220 andererseits für Eigentümer*innen attraktiver wird. Darüber hinaus müssen auch alternative Wohnkonzepte
221 bedacht werden. Um für bezahlbare Wohnungen sowohl in der Stadt, als auch im ländlichen Bereich zu sorgen,
222 bedarf es einer besseren innerkommunalen Abstimmung. Dies muss auch durch die Stärkung kommunaler
223 Wohnbaugesellschaften und Baugenossenschaften geschehen. Zudem fordern wir Entwicklungskonzepte, die
224 an den Bedürfnissen der Bürger*innen angepasst sind, insbesondere auch barrierefrei zugänglich sind. Wir
225 brauchen Sozialwohnungen, die in den Innenstädten angesiedelt und nicht an den Stadtrand verdrängt wer-
226 den und zu einer Gettoisierung führen, die die Gesellschaft spaltet. Wir dürfen nicht weiter dabei zusehen,
227 wie immer mehr alte Wohnungen aus der Sozialbindung fallen oder gar unbewohnbar im Sinne des Saarl.
228 Wohnungsaufsichtsgesetzes werden. Ein größeres Angebot an Sozialwohnungen wirkt der Abhängigkeit von
229 solchen Schrottimmobilen auf dem Wohnungsmarkt entgegen. Wir müssen gerade auch für den ländlichen
230 Raum sicherstellen, dass Einkäufe zu Fuß gemacht werden können, der ÖPNV gut erreichbar ist und auch die
231 ärztliche Versorgung gewährleistet ist, ohne vier Orte weiter fahren zu müssen.

232 Auch um den steigenden Mietkosten und der Überlastung der Mieter*innenhaushalte entgegenzuwirken,
233 muss es ein größeres Wohnungsangebot geben. Bezahlbares Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht zu
234 einem Sondergut werden.

235 Das Saarland muss bis spätestens 2027 zurück zu 5000 Sozialwohnungen.

236 11. Arm in einem reichem Land? Kinderarmut bekämpfen!

237 Jedes fünfte Kind im Saarland lebt in finanzieller Armut, die Tendenz ist steigend. Die Corona Krise hat diese
238 Situation noch weiter verschärft und die Ausgrenzung manifestiert. Finanzielle Armut bedeutet aber viel mehr,
239 als nur zu wenig Geld. Oft wird finanzielle Armut durch soziale Armut begleitet, die die soziale Teilhabe ein-
240 schränkt. Kein eigenes Kinderzimmer, keine Woche Urlaub im Jahr, keine Kinobesuche, keine Konzerte oder
241 Einladungen von Schulkamerad*innen nach Hause. Die Langzeitfolgen von Kinderarmut begleiten die Men-
242 schen oft ein Leben lang. Im Saarland hat sich Kinderarmut insbesondere in einzelnen Stadtteilen verfestigt.
243 Wir fordern daher einen ganzheitlichen quartierbezogenen Ansatz der Sozialpolitik: Überall dort, wo Kinder-
244 armut besonders groß ist, muss der Staat mehr investieren, etwa beim Personalschlüssel in Kindergärten und
245 Schulen, beim Einsatz von multiprofessionellen Teams, bei der Ausgestaltung der Jugendhilfe, sowieso der
246 Quartiers- und Sozialarbeit in den Stadtteilen aber auch in die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsor-
247 ge.

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A Arbeit, Wirtschaft und Soziales

A-1	Saarpfalz	Private Altersvorsorge am Finanzmarkt stärken	9
A-2	Saarpfalz	Die Schufa – ein Unternehmen mit Monopolmacht und zweifelhaften Praktiken	11
A-3	Saarlouis	Sicherung und Ausweitung der unbefristeten Übernahme	14
A-4	Saarlouis	Sicherung und Ausbau der Ausbildungsplätze	15

A-1

Titel Private Altersvorsorge am Finanzmarkt stärken

AntragstellerInnen Saarpfalz

Zur Weiterleitung an Juso-Bundeskongress

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Private Altersvorsorge am Finanzmarkt stärken

1 Aktuelle Situation / Begründung

2 Die gesetzliche Rente in Deutschland ist aktuell nur mithilfe von extrem hohen staatlichen Zuschüssen aufrecht
3 zu erhalten. Die monatlich eingezahlten Beträge der Steuerzahler*innen reichen bei weitem nicht mehr aus,
4 um die aktuellen Rentenzahlungen abzudecken. Durch den fortlaufenden demografischen Wandel sowie die
5 weiter steigende Lebenserwartung der Menschen in Deutschland wird es im Laufe der nächsten Jahre eine
6 wachsende Zahl an Rentenbezieher*innen geben. Es kann davon ausgegangen werden, dass dieses Problem
7 nur durch den Umbau des aktuellen Rentensystems gelöst werden kann.

8 Bürger*innen haben die Möglichkeit in verschiedenen Formen privat für ihr Alter vorzusorgen. Hierzu zählen
9 beispielsweise Lebensversicherungen, Immobilienkäufe sowie Investitionen am Finanzmarkt (Aktien, Fonds,
10 usw.).

11 Gerade Letzteres erfreut sich in den vergangenen Jahren großer Beliebtheit. Die Hürden, um am Finanzmarkt
12 zu investieren sind in stark gesunken und mittlerweile können bereits kleinste monatliche Beträge ohne gro-
13 ße Kosten am Finanzmarkt investiert werden. Um die private Altersvorsorge attraktiver zu gestalten sowie die
14 Abhängigkeit vom gesetzlichen Rentensystem zu verringern müssen unserer Meinung nach hierfür Steuerer-
15 leichterungen eingeführt werden.

16 Ähnlich dem Depot für Vermögenswirksame Leistungen soll es Bürger*innen in Zukunft möglich sein, ein
17 Depot bei Ihrem Finanzdienstleister zu erstellen, welches speziell für die Altersvorsorge ausgelegt ist. Dort
18 können sie in Finanzmarktprodukte (z.B. Aktien, Fonds oder ETFs) investieren. Sobald Sie das 50. Lebensjahr
19 vollendet und eine Mindesthaltungsdauer von 10 Jahren pro Finanzprodukt erreicht haben, soll ihnen ein steu-
20 erlicher Freibetrag i.H.v. 300.000 € auf ihre dort erwirtschafteten Gewinne gewährt werden, sodass dieses
21 Geld im Alter in vollem Umfang zur freien Verfügung steht. Höhere Gewinne werden, wie auch bei normalen
22 Depots, weiterhin mit der Abgeltungssteuer (+ Solidaritätszuschlag) versteuert. Der bereits geltende jährliche
23 Sparer-Pauschbetrag kann in diesem Depot nicht genutzt werden, wird aber in seiner jetzigen Form beibehal-
24 ten.

25 Damit das beschriebene System nicht in wilden Spekulationen und die damit höchstwahrscheinlich verbunde-
26 nen Verluste ausartet oder durch Furcht und Unwissenheit gar nicht erst benutzt wird, muss das Finanzmarkt
27 Know-How der Bürger*innen ausreichend stark sein. Hierfür sollen staatliche, unabhängige und kostenlose
28 Finanzberatungsstellen aufgebaut bzw. dort wo vorhanden ausgebaut werden, die die Bürger*innen bei In-
29 vestitionen in ihre Altersvorsorge unterstützen.

30 Wir fordern daher

31 – die Einführung eines speziellen Depots (vergleichbar mit dem jetzigen Depot für Vermögenswirksame Leis-
32 tungen), mit dem Investitionen am Finanzmarkt getätigt werden können, die für die Altersvorsorge bestimmt
33 sind.

- 34 – einen einmaligen Gewinnfreibetrag von 300.000 €, auf den bei Verkauf der Finanzprodukte keine steuerli-
35 chen Abgaben sowie kein Solidaritätszuschlag anfällt. Voraussetzung hierfür ist die Erreichung des 50. Lebens-
36 jahres sowie eine Mindesthaltedauer für die erworbenen Finanzprodukte i.H.v. 10 Jahren.
- 37 – die Einrichtung, den Ausbau und die Förderung von staatlichen, unabhängigen und kostenlosen Finanzbe-
38 ratungsstellen für alle Bürger*innen.

A-2

Titel	Die Schufa – ein Unternehmen mit Monopolmacht und zweifelhaften Praktiken	
AntragstellerInnen	Saarpfalz	
Zur Weiterleitung an	Juso-Bundeskongress	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Die Schufa – ein Unternehmen mit Monopolmacht und zweifelhaften Praktiken

1 Analyse

2 Bei dem Abschluss eines Mobilfunk-Vertrages oder eines Bankkredites ist es in Deutschland in erster Linie nicht
3 entscheidend, ob man die anfallenden Kosten bezahlen kann, sondern ob die Schufa eine Person als kredit-
4 würdig einschätzt oder eben nicht. Diese durchaus relevante Entscheidung wird, anders als das es vielleicht
5 erwartet werden kann, nicht von einer staatlichen Institution entschieden. Stattdessen liegt diese Auswahl
6 in den Händen eines privaten Unternehmens, welches quasi eine Monopolstellung in Deutschland aufweist.
7 Entsprechend scheint eine nähere Betrachtung der Schufa und ihrer Praktiken als lohnenswert.

8 Die Schufa und ihre Arbeitsweise

9 Die Schufa wurde 1927 gegründet als „Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung“ gegründet und
10 ist eine Aktiefirma. Die Anteile der Firma werden zum Großteil von Banken gehalten. Laut eigenen Angaben
11 verfügen sie über Informationen von 68 Millionen natürlichen Personen und 6 Millionen Unternehmen.

12 Das Geschäftsmodell der Schufa besteht im Kern daraus, dass Banken und Unternehmen zu Personen eine
13 Einschätzung der Kreditwürdigkeit abfragen. Ebenfalls können Personen über sich selbst eine Abfrage starten,
14 um dann beispielsweise bei der Bewerbung für eine Wohnung dem Vermieter die eigene Kreditwürdigkeit
15 nachzuweisen. Für beide Serviceleistungen wird ein Entgelt an die Schufa gezahlt. Hierdurch wurde im Jahr
16 2019 ein Gewinn in Höhe von 212,2 Millionen Euro erzielt.

17 Es stellt sich natürlich die Frage, wie die Schufa die Kreditwürdigkeit von Personen und Unternehmen ein-
18 schätzt. Hier lässt sich jedoch keine klare Antwort finden, denn die Ermittlung der Kreditwürdigkeit (auch
19 Scoring genannt) ist ein Geschäftsgeheimnis der Schufa. Die Schufa möchte mit ihrem Verfahren ermitteln,
20 wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass eine Person seinen Zahlungsverpflichtungen in Zukunft nachkommt.
21 Die Schufa selbst gibt keinerlei Angaben darüber, was die Kriterien des Scorings sind und wie diese gewichtet
22 werden.

23 Die Schufa weiß zumindest, wer wie viele Girokonten, Kreditkarten oder Handyverträge hat und ob diese
24 regelmäßig gezahlt oder ob beispielsweise eine Privatinsolvenz vorliegt. Ebenfalls kennt sie die Höhe der in
25 Anspruch genommenen Kredite und ob diese vertragsgemäß bedient werden. Auch allgemeine Daten, wie der
26 Name, das Geburtsdatum, Geschlecht, die Wohnadresse und auch vorherige Adressen. Diese Auflistung von
27 Kriterien ist wahrscheinlich nicht abschließend, da es hierüber keine offiziellen Auskünfte gibt.

28 Die Gewichtung der Kriterien ist jedoch noch intransparenter, da es hierzu keinerlei Angaben der Schufa gibt.
29 Verbraucherschützer kritisieren dieses Vorgehen, da möglicherweise falsche Scorings keinerlei Überprüfung
30 unterzogen werden können. Aus diesem Grund wurde gegen die Schufa geklagt, jedoch hat der Bundesge-
31 richtshof im Jahr 2014 entschieden, dass die Schufa die Gewichtung der Kriterien nicht öffentlich zugänglich
32 machen muss, da dies ein schützenswertes Geschäftsgeheimnis darstellen würde.

33 **Aufbrechen der Schufa Black-Box**

34 Um trotzdem etwas über die Praktiken der Schufa erfahren zu können, wurde das „OpenSchufa“-Projekt ge-
35 gründet. Hier hatten 4.000 Menschen Daten in Form ihrer Schufa-Auskünften gespendet. Diese wurden dann
36 einer Analyse unterzogen, um Schlüsse zur Arbeitsweise der Schufa ziehen zu können.

37 Es stellte sich unter anderem heraus, dass das Scoring der Schufa Diskriminierung in Deutschland verstärkt
38 und fehleranfällig ist. Die Datenlage war jedoch nicht divers und hoch genug, sodass diese Erkenntnisse nicht
39 zweifelsfrei feststehen. Hingegen konnte eindeutig belegt werden, dass zum damaligen Zeitpunkt gegen die
40 Datenschutzgrundverordnung verstoßen wurde, woraufhin die Schufa im Jahr 2018 ihre Praktiken änderte und
41 zukünftig kostenfreie Datenabfragen nach Art. 15 DSGVO ermöglichte. Gleichzeitig wurde jedoch die Anzahl an
42 Daten, welche diese Abfragen enthalten, gegenüber vor der Änderung verringert. Das „OpenSchufa“-Projekt
43 sieht hierdurch einen Gesetzesverstoß.

44 Im Rahmen der Untersuchung ließ sich auch feststellen, dass die Hessische Landesdatenschutzbeauftragte,
45 welche für die Prüfung der Schufa zuständig ist, der Schufa einen großen Handlungsspielraum überlässt. Eine
46 angemessene Kontrolle der gesetzlichen Datenschutzbestimmungen erscheint also zweifelhaft.

47 Gezeigt hat sich, dass zu einem Viertel der Personen die Schufa maximal drei wirtschaftlich relevante Infor-
48 mationen aufweisen kann. Unter anderem die Eröffnung eines Girokontos, sowie einen Handy- und einen
49 Kreditkartenvertrag. Ansonsten sind nur allgemeine Informationen zur Person vorhanden. Trotzdem gibt die
50 Schufa auch in diesen Fällen eine vermeintlich genaue Bewertung der Kreditwürdigkeit ab, die dann manchen
51 Verbraucher*in zum Verhängnis werden können. Es wurden Fälle nachgewiesen, welche ausschließlich posi-
52 tive Einträge in der Schufa aufwiesen, aber trotzdem ein „erhöhtes Risiko“ bescheinigt wurde. Dies hat direkte
53 Folgen für Verbraucher*innen, die beispielsweise höhere Kreditkartenlimits verweigert bekommen. Auffällig
54 war beispielsweise auch, dass öfters junge Männer per se schlechtere Scores erzielten.

55 Eine Studie aus dem Jahr 2014 des Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein und der
56 GP Forschungsgruppe im Auftrag des Bundesjustizministeriums hat die Kritik im Wesentlichen bestätigt. Es lie-
57 gen Beeinträchtigungen von Verbraucherrechten vor, wie beispielsweise bei der kostenlosen Selbstauskunft,
58 da diese oftmals unverständlich und nicht nachvollziehbar ist. Die Scores würden auf Schätzungen basieren,
59 welche hinsichtlich ihrer Aussagekraft auf Individuen bezweifelt wird. Ebenfalls sei eine effektive Kontrolle
60 durch Aufsichtsbehörden wohl nicht möglich.

61 **Historie von dubiosen Praktiken und Kritik an der Schufa**

62 Die Schufa hat eine lange Vergangenheit mit zweifelhaften Vorgehensweisen. Bis 2002 wurden selbst Aus-
63 kunftsanfragen über die eigene Person als negativ erachtet, sodass die Kreditwürdigkeit sank. Bis 2016 wurden
64 Aktivitäten auf Social-Media Webseiten von der Schufa ausgewertet, wobei unklar ist, welche Verhaltensweise
65 das Scoring beeinflusst hat. Wie oben bereits beschrieben, waren bis 2016 die Auskunftsfragen kostenpflichtig.
66 In allen drei Fällen haben Gerichte diese Praktiken verboten.

67 Pläne der Firma, die Kontoauszüge von Verbraucher*innen einzusehen, wurden aufgrund von massiver Kri-
68 tik zurückgezogen. Es bestand die Gefahr, dass der*der Verbraucher*in vollkommen durchleuchtet werden
69 könnte. Auch politische Einstellungen hätten sich beispielsweise durch Mitgliedbeiträge von Parteien oder
70 Gewerkschaften sowie Spenden an zivile Organisationen ausforschen lassen können. Es hätte sich um höchst
71 sensible Informationen gehandelt.

72 Ebenfalls steht die Schufa in der Kritik Geoscoreing zu betreiben. Hierbei wird die Adresse einer Person in eine
73 vermeintlich gute oder schlechte Wohngegend eingeteilt und hat einen Einfluss auf das Scoring. Die Aussa-
74 gekraft des Wohnortes ist jedoch gering und führt im Zweifel dazu, dass Menschen mit geringem Einkommen
75 diskriminiert werden. Auch falls man häufiger in eine andere Wohnung zieht, so kann dies zu einem negativen
76 Score führen.

77 Die Schufa speichert Daten über einen langen Zeitraum. Es kann beispielsweise dazu kommen, dass jemand ei-
78 ne Immobilienkredit nicht bekommt, weil er vor Jahren sich mit dem Mobilfunkanbieter über eine unberechtigt
79 hohe Rechnung gestritten hatte. Ebenfalls ist es drei Jahre nach dem Ende einer Privatinsolvenz der Fall, dass
80 man keine Mobilfunkverträge eingehen kann, obwohl man möglicherweise ein geregelteres und ausreichendes
81 Einkommen hat.

82 Verbraucher sind gezwungen bei der Schufa mitzuwirken, da man andernfalls kein Bankkonto, Energieverträge
83 oder selbst ein Mobilfunk-Vertrag abschließen kann. Bankkonten sind unabdingbar für Gehälter. Es gibt de
84 facto keine freie Wahl, ob man seine Daten an die Schufa weitergeben lässt oder nicht.

85 Abseits dessen, erwacht hieraus auch ein Monopol für die Schufa. Wenn sich Banken und andere Unterneh-
86 men nur auf die Bewertungen durch die Schufa verlassen, dann gibt es kaum eine Möglichkeit für andere
87 Firmen in diesem Bereich zu Fuß zu fassen. Die schweren negativen Folgen von Monopolen in Wirtschafts-
88 zweigen sind bekannt und lassen sich an der aufgezeigten Kritik gut nachvollziehen.

89

90 **Fazit**

91 Die Schufa ist ein Unternehmen, welches einen hohen Einfluss auf das Leben von vielen Bürger*innen und die
92 Wirtschaft hat. Je nach Kreditscore können grundlegende Verträge nicht mehr abgeschlossen werden und füh-
93 ren zu schwerwiegenden Problemen. Das Verfahren zur Bewertung der Kreditwürdigkeit sind jedoch mehr als
94 intransparent. Die Historie von zweifelhaften Praktiken der Schufa mussten letztlich durch Gerichte gestoppt
95 werden, wodurch das Vertrauen in das Unternehmen massiv beschädigt wurde. Untersuchungen zeigen auch,
96 dass es auch derzeit immer noch massive Probleme gibt, die zu ungerechtfertigten oder diskriminierenden Ein-
97 schränkungen führen.

98 Eine Bewertung der Kreditwürdigkeit wird weiterhin benötigt. Klar ist aber, dass das bestehende System grund-
99 legend reformiert werden muss. Hier müssen entweder die Vorgaben für die Schufa deutlich angezogen wer-
100 den und entsprechend kontrolliert werden. Andernfalls muss eine Überführung der Schufa in staatliche Kon-
101 trolle geprüft werden. Letzteres ist beispielsweise in Frankreich und Belgien der Fall.

102

103 **Forderungen**

104 Die Jusos Saar fordern:

105

- 106 1. Die Schufa muss ihr Verfahren zur Einschätzung der Kreditwürdigkeit transparent offenlegen.
- 107 2. Das Verfahren muss von einer unabhängigen staatlichen Stelle regelmäßig geprüft werden. Hierbei sol-
108 len die Aktualität und Qualität der Daten, die sozialen Auswirkungen sowie Diskriminierungseffekte und
109 effektive Einspruchsmöglichkeiten für Betroffene geprüft werden. Diese Gutachten müssen vollständig
110 öffentlich zugänglich sein.
- 111 3. Zur Eröffnung eines Kontos und dem Abschluss eines Miet- oder Mobilfunkvertrages soll eine Schufa-
112 Auskunft verboten werden.
- 113 4. Die Schufa soll die Datenauskunft für Verbraucher*innen öfters als einmal jährlich kostenlos anbieten
114 und dies barrierefrei ermöglichen.
- 115 5. Es muss ein Klageweg für Betroffene eröffnet werden, damit sie sich gegen falsche Scores zu Wehr
116 setzen können.
- 117 6. Eine Überführung der Schufa in staatliche Hand soll hinsichtlich rechtlicher und anderer Hürden geprüft
118 werden.

119

120 **Begründung**

121 Begründung erfolgt mündlich.

A-3

Titel Sicherung und Ausweitung der unbefristeten Übernahme

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sicherung und Ausweitung der unbefristeten Übernahme

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Saar möge beschließen:
- 2 Aufgrund der aktuellen Krisensituation in den saarländischen Unternehmen (Beschäftigungsabbau, Kurzar-
- 3 beit, Beschäftigungssicherung) setzen wir uns dafür ein, die Übernahme der Auszubildenden und dual Studie-
- 4 renden abzusichern und nicht zum Opfer der konjunkturellen Entwicklung zu machen.
- 5 Wir brauchen eine Perspektive für junge Menschen. Daher müssen Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, den
- 6 Auszubildenden rechtzeitig mitzuteilen, dass sie nach der Ausbildung übernommen werden. Unter rechtzeitig
- 7 versteht sich ein Zeitraum von 6 Monaten vor Beendigung der Ausbildung.
- 8 Wir die Jusos Saas setzen uns weiterhin dafür ein, die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung zu
- 9 schützen und gesetzlich zu verankern. Eine Regelung im Berufsbildungsgesetz wäre hier die richtige Zielset-
- 10 zung.
- 11 Um vor allem die Existenz und Zukunft der Auszubildenden weiterhin sicher zu stellen, sehen wir uns als Jusos
- 12 Saar verpflichtend in der Verantwortung uns hierfür stark zu machen.
- 13 Für eine unbefristete Übernahme für alle!

A-4

Titel Sicherung und Ausbau der Ausbildungsplätze

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sicherung und Ausbau der Ausbildungsplätze

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Saar möge beschließen:
- 2 Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist ernst!
- 3 Mehr als 80 Prozent aller Betriebe stellen keine Auszubildenden mehr ein. Auch die Anzahl der neu abgeschlos-
- 4 senen Berufsausbildungsverträge geht immer weiter zurück.
- 5 Wir, die Jusos Saar, setzen uns für den Erhalt der Ausbildungsplätze in den saarländischen Unternehmen ein
- 6 und müssen uns dafür stark machen, dass sie auch nachhaltig ausgebaut werden.
- 7 Um jungen Menschen auch in der Zukunft eine gute Ausbildung zu ermöglichen, müssen wir jetzt dafür sor-
- 8 gen, dass Ausbildungsplätze nicht abgebaut werden. Wir brauchen einen gesetzlich garantierten Anspruch
- 9 auf einen Ausbildungsplatz, der mit einem umlagefinanzierten Zukunftsfond etabliert werden muss. Betriebe,
- 10 in denen keine Ausbildung stattfindet, sollten hier einbezahlen, damit Betriebe die ausbilden möchten, die
- 11 Möglichkeit haben, die notwendige finanzielle Unterstützung zu bekommen.
- 12 Ebenfalls ist darauf zu achten, dass Menschen mit vermeintlich schlechteren Schulabschlüssen zu gleichen
- 13 Teilen berücksichtigt werden.
- 14 Zusätzlich muss die Integration von geflüchteten Menschen in der Arbeitswelt unterstützt und gefördert wer-
- 15 den. Ebenso ist darauf zu achten, dass die Plätze für dual Studierende „one top“ zu rechnen sind und nicht zu
- 16 Lasten von „klassischen“ Ausbildungsplätzen gehen. Wir, die Jusos Saar werden uns in der Politik und gegen-
- 17 über der IHK und HWK für die duale Berufsausbildung einsetzen und uns in der Region für gute Ausbildung
- 18 und den Erhalt der Ausbildungsplätze stark machen.

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B Bildung, Schule, Aus- und Weiterbildung

B-1	Saarlouis	Ausbau von Technikunterricht an weiterführenden Schulen im Saarland	17
B-2	Juso HSG und Unabhängige	Und unter den Talaren, der Muff von Tausend Jahren CDU	18

B-1

Titel Ausbau von Technikunterricht an weiterführenden Schulen im Saarland

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Ausbau von Technikunterricht an weiterführenden Schulen im Saarland

1 „Im Wintersemester 2019/20 waren nur ein Viertel der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften weib-
2 lich“, schreibt der Verein Deutscher Ingenieure. Aber auch auf dem Ingenieurarbeitsmarkt sind Frauen mit 18
3 % mehr schlecht als recht vertreten. Laut dem VDI-/IW-Ingenieurmonitor aus dem 1. Quartal 2020 belegt das
4 Saarland mit 13 % den letzten Platz, wenn es um den Frauenanteil in klassischen sozialversicherungspflichtigen
5 Ingenieurberufen geht.(1)

6 Doch wie ändert man so etwas? Es gibt schon mehrere Initiativen, die versuchen Schülerinnen für die Inge-
7 nieurwissenschaften zu begeistern (Girls' Day etc.), jedoch reichen diese nicht aus. Oft ist das Interesse schon
8 da, bevor man an solchen Aktionen teilnimmt. Man muss hier direkter und näher im Schulumfeld ansetzen.
9 Ein verpflichtender Technikunterricht über ein Schuljahr könnte genutzt werden, um ingenieurwissenschaftli-
10 che Grundlagen zu vermitteln, die nicht nur hilfreich im Alltag sein können, sondern vielleicht auch Interesse
11 wecken.

12 „In einer zunehmend technisierten und digitalisierten Gesellschaft ist technische Bildung heute Teil der All-
13 gemeinbildung. Technische Allgemeinbildung kann dazu beitragen, Chancen und Risiken neuer Technologien
14 ausgewogen zu betrachten, Technikfolgen abzuschätzen und gesellschaftlichen Wandel aktiv mitzugestalten.
15 Technikbildung führt damit letztlich auch zu Technikmündigkeit.“(2) So bewertet der Verband Deutscher Ma-
16 schinen und Anlagenbau den auch von ihnen geforderten Technikunterricht.

17 Ein verpflichtendes Fach Technik an saarländischen Schulen, kann helfen Vorurteile abzubauen, schlechte Ein-
18 schreibbezahlen an den Hochschulen abzufangen und mehr Frauen für die Ingenieurwissenschaften zu be-
19 geistern.

20 Daher fordern wir:

21 • Angebote eines Technikunterrichtes an weiterführenden Schulen ausbauen.

22 • Pilotprojekte für verpflichtenden Technikunterricht an Schulen einrichten.

23 • Weiterhin Programme und Aktionen zur Förderung von Frauen in den Ingenieurwissenschaften anbieten
24 und fördern.

B-2

Titel Und unter den Talaren, der Muff von Tausend Jahren CDU

AntragstellerInnen Juso HSG und Unabhängige

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Und unter den Talaren, der Muff von Tausend Jahren CDU

1 Die Zeit der Pandemie hat uns alle vor viele Probleme gestellt und uns kleinen und großen Belastungsproben
2 ausgesetzt. Viele, auch unvorhergesehene, Herausforderungen wurden gemeistert, aber auch viele struktu-
3 relle Lücken und Schwachstellen wurden sehr deutlich aufgezeigt. So auch auf universitärer Ebene. Nun, da
4 der Einstieg in die Präsenzlehre wieder in Sicht ist, wollen die Juso HSG und Unabhängige die Erfahrungen
5 der letzten anderthalb Jahre als Basis für einen Zukunftsplan für die Universität des Saarlandes nutzen. Die
6 Themen dieses Antrags sind:

- 7 • Digitalisierung der Lehre
- 8 • Bezahlbares Studium
- 9 • Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum
- 10 • Verbesserte Infrastruktur zwischen dem Campus Homburg und Saarbrücken
- 11 • Faires Arbeiten an der Uni

12 Forderungen:

13 Die digitalisierte Lehre der Uni wurde ausgebaut und in den letzten drei Semestern reichlich genutzt. Von die-
14 ser Erfahrung sollten Studierende in Zukunft weiter profitieren, weshalb wir den Einsatz von abwechslungs-
15 reichem, multimedialem Lehrangebot in Form von interaktiven Live-Vorlesungen (und ihren Aufzeichnungen),
16 Lernvideos, Podcasts und hybriden Veranstaltungen unterstützen. Essenziell hierfür ist das kostenlose Zurver-
17 fügungstellen aller notwendigen Lernmaterialien als digitale Ressourcen und die dauerhafte Ausweitung von
18 Lizenzen für Onlinedatenbanken, um auch außerhalb der Universität lernen zu können, sowie eine Lockerung
19 der Anwesenheitspflichten in Veranstaltungen.

20 Die Corona-Pandemie hat uns die schlecht finanzielle Situation, in der viele Studierende sind, vor Augen ge-
21 führt. Für viele Studierende ist es schon jetzt fast unmöglich die bald 300,- EUR des Semesterbeitrages zweimal
22 im Jahr aufzubringen. Wir setzen uns weiterhin für die finanzielle Entlastung der Studierenden ein und fordern
23 eine Deckelung der Semestergebühren auf maximal 300,- EUR.

24 Vor allem während der Online-Lehre wurde die Wichtigkeit der Lebensqualität in den eigenen vier Wänden
25 deutlich. Daher setzen wir uns für den Bau von barrierefreien und familienfreundlichen Wohnungen und der
26 Sanierung und Modernisierung der bestehenden Wohnheime in Saarbrücken und Homburg ein.

27 Um die beiden Campusse Homburg und Saarbrücken wieder etwas näher zusammenrücken zu lassen, spre-
28 chen wir uns für eine Verstetigung des Campus-Shuttles zwischen Saarbrücken und Homburg aus. Darüber
29 hinaus sehen wir eine Ausweitung des Semestertickets der Großregion, auch über die rheinland-pfälzische
30 Grenze hinaus, die Aufrechterhaltung des Solidarmodells mit dem Ziel eines kostenlosen ÖPNVs und die Ver-
31 besserung der Anbindung zur Universität v.a. aus dem ländlichen Raum als sinnvolle Ergänzung zur Qualitäts-
32 steigerung des Studiums im Saarland an.

- 33 Die UdS soll zur Volluniversität werden. Wir sind der Meinung, dass ein ausfinanziertes breites Studienangebot,
34 ein Masterplan Hochschule der Landesregierung, mehr Personal in der Lehre, sowie die Sanierung aller Univer-
35 sitätsgebäude die richtigen Schritte in diese Richtung sind: Breitenlehre statt reiner Spitzenförderung!
- 36 Die Universität des Saarlandes ist darüber hinaus auch Arbeitsplatz für viele Mitarbeiter*innen, darunter auch
37 einige studentische Hilfskräfte. Wir fordern daher:
- 38 • eine Vertretung der studentischen Hilfskräfte durch den Personalrat für das akademische Personal mit akti-
39 vem und passivem Wahlrecht bei Personalratswahlen.
 - 40 • Verhandlungen über einen einheitlichen Tarifvertrag für studentische Hilfskräfte.
 - 41 • eine stetige Entfristung von Arbeitsverträgen von studentischen Hilfskräften im administrativen Bereich, so-
42 wie ein freiwilliges Bekenntnis der Universität zur Entfristung von Stellen im Bereich der Lehre.
 - 43 • Mindestlohn von mindestens 12 Euro für studentische Hilfskräfte.
 - 44 • ein freiwilliges Bekenntnis der Universität zu einer Mindestbefristungsdauer von 2 Jahren bei Forschungs-
45 stellen aus Hauptmitteln.
 - 46 • Ausbau von Juniorprofessuren und eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Privatdozierenden.
47
- 48 Begründung:
49 Erfolgt mündlich.
50 Vielen Dank und Glück auf!

D Digitalisierung

D Digitalisierung

D-1	Saarbrücken-Stadt	Digitale Lehre vorantreiben	21
-----	-------------------	-----------------------------	----

D-1

Titel Digitale Lehre vorantreiben

AntragstellerInnen Saarbrücken-Stadt

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Digitale Lehre vorantreiben

1 Forderungen:

- 2 • Lehre zur reinen Wissensvermittlung muss digital verfügbar sein
- 3 • Jedes Modul muss digitale Anteile aufweisen
- 4 • Bedürftigen Studierenden muss ein Endgerät zur Verfügung gestellt werden

5 Begründung:

- 6 Die Digitalisierung macht auch vor den Hochschulen nicht Halt. Sie bietet uns die Chance neue Studiengänge
- 7 einzurichten und Pionier*innen in neuen Gebieten zu sein. Sie schafft neue Jobs und bietet uns die Möglich-
- 8 keit, unser Lernen neu zu gestalten. Dazu müssen Lehrende die neue Technik nutzen wollen und die Module
- 9 auf veränderte Lehr-/Lernarten anpassen. Das müssen wir jetzt in die Wege leiten. Viele Studierende haben
- 10 Probleme sich die notwendige Technik zu leisten. Hier müssen Staat und Hochschule einspringen.

E Energie, Umwelt und Verkehr

E Energie, Umwelt und Verkehr

E-1	Saarpfalz	Wir sagen Elektroschrott den Kampf an!	23
E-2	Saarbrücken-Land	0% Zins für 0 Emission – Verkehrswende durch private Fahrradanschaffungen fördern	24
E-3	Saarbrücken-Land	Mountainbiken in geordnete Bahnen lenken – Konflikte entschärfen und Potentiale erkennen	25
E-4	AK Umwelt	Nachhaltige Entwicklung neu denken	26

E-1

Titel Wir sagen Elektroschrott den Kampf an!

AntragstellerInnen Saarpfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Wir sagen Elektroschrott den Kampf an!

- 1 Alte, kaputte Tablets oder Handys verschwinden meistens einfach in irgendeiner Schublade. Oder noch schlim-
- 2 mer: Im Hausmüll. Schließlich haben sie für den persönlichen Gebrauch ausgedient und man kann sie nun
- 3 nicht mehr gebrauchen.
- 4 Die Deutschen horten nun in ihren Schränken rund 206 Millionen ausrangierte Mobiltelefone! Dabei stecken
- 5 in Handys und Tablets wichtige Rohstoffe wie Kobalt, Gallium, Indium, Kupfer und Eisen, welche eigentlich wie-
- 6 derverwendet werden könnten. Einige der genannten Rohstoffe fallen sogar unter die von der EU-Kommission
- 7 geführte Liste der „Kritischen Rohstoffe“.
- 8 Um die Umwelt zu schützen müssen wir dringend viel sparsamer mit unseren Ressourcen umgehen.
- 9 Daher fordern wir:
 - 10 • Die Einführung eines Handypfandsystems
 - 11 • Verpflichtende Handysammelaktions-Tage an Schulen
 - 12 • Die landesweite Aufstellung von Handypfandautomaten

E-2

Titel 0% Zins für 0 Emission – Verkehrswende durch private Fahrradanschaffungen fördern

AntragstellerInnen Saarbrücken-Land

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

0% Zins für 0 Emission – Verkehrswende durch private Fahrradanschaffungen fördern

- 1 Forderung:
- 2 Wir fordern die Auflage eines staatlichen Kreditprogramms für Privatpersonen zur Anschaffung von Fahrrädern mit folgenden Rahmenbedingungen
- 3
- 4 • Zugangsberechtigt zum Kreditprogramm sind:
- 5 - Fahrräder
- 6 - E-Bikes
- 7 - Lastenräder
- 8 - E-Lastenräder
- 9 • Die maximale Kredithöhe beträgt 2500€ für Fahrräder und 5000€ für E-Bikes und Lastenräder
- 10 • Die Kreditvergabe erfolgt zu einem festgeschriebenen Zinssatz von 0,0%
- 11 • Eine Einkommensabhängige progressive Subvention der Fahrradanschaffung bis zu 35% des Investitionswerts
- 12
- 13 Analyse:
- 14 Um eine echte Verkehrswende einzuleiten ist auch eine Neugestaltung des Individualverkehrs notwendig. Neben einer Verbesserung der Radfahrinfrastruktur ist es auch notwendig die Anschaffung von Fahrrädern, E-Bikes, Lasten- oder E-Lastenrädern zu fördern um einen (Teil-) Umstieg des Individualverkehrs auf diese Verkehrsmittel zu beschleunigen. Um hier auch in einkommensschwächeren Bevölkerungsteilen derartige Anschaffungen zu ermöglichen ist eine einkommensabhängige Subvention in Kombination mit zinsfreien Krediten eine Möglichkeit.
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20 Begründung:
- 21 Erfolgt mündlich.

E-3

Titel	Mountainbiken in geordnete Bahnen lenken – Konflikte entschärfen und Potentiale erkennen	
AntragstellerInnen	Saarbrücken-Land	
Zur Weiterleitung an	SPD Landesparteitag	
<input type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen	<input type="checkbox"/> abgelehnt

Mountainbiken in geordnete Bahnen lenken – Konflikte entschärfen und Potentiale erkennen

- 1 Forderung:
- 2 Um die Nutzung von Wäldern durch Mountainbiking in geordnete Bahnen zu lenken, fordern wir:
- 3 • Den Aufbau eines landesweiten legalisierten Mountainbike-Trail- und Streckennetzes
- 4 • Eine Konkretisierung des saarländischen Waldgesetzes, um klare Regeln zur Benutzung der Strecken
- 5 aber auch klare Regelungen zum Nutzungsverbot nicht ausgewiesener Strecken zu schaffen.
- 6 • Eine konzeptionelle Beteiligung der Kommunen und lokaler Vereine zur Schaffung eines attraktiven
- 7 Streckennetzes mit passenden Anschlussmöglichkeiten nach Rheinland-Pfalz, Frankreich und Luxem-
- 8 bourg
- 9 • Die Schaffung einer Koordinierungsstelle „Mountainbike Infrastruktur“ um die Belange der beteiligten
- 10 Akteure aus den Bereichen der Sport-, Umwelt-, Forst-, und Verkehrs und Kommunalverwaltung zu
- 11 bündeln.
- 12 • Die Ausweitung des Dialoges von Interessensverbänden der Waldnutzer*innen
- 13 Analyse:
- 14 Mountainbiking ist mittlerweile mehr als ein Trendsport. Spätestens während der Corona-Pandemie hat sich
- 15 gezeigt, dass diese Sportart in der breite der Gesellschaft angekommen ist. Leider gibt es bis auf wenige Aus-
- 16 nahmen keine legalisierten Strukturen zur vollumfänglichen Ausübung der Sportart. Dadurch, dass dieses In-
- 17 teresse nicht, ähnlich wie beim Wandern, durch ein breites öffentliches Angebot in seiner Ausübung gesteuert
- 18 wird kommt es regelmäßig zu Interessenskonflikten. Diese Konflikte lassen sich nicht durch reine Verbotspo-
- 19 litik steuern. Vielmehr braucht es klare Strukturen, die unterschiedliche Teilinteressen der Waldnutzer*innen
- 20 respektieren und ermöglichen. Die Schaffung solcher Strukturen braucht eine breite interdisziplinäre Zusam-
- 21 menarbeit innerhalb der Landesverwaltung aber auch mit den Aktuer*innen vor Ort, hierzu ist es erforderlich
- 22 eine zentralisierte Lenkungsstelle einzurichten. Darüber hinaus birgt die Schaffung einer derartigen Infrastruk-
- 23 tur, eingebettet in einen überregionalen Kontext, ein nachhaltiges touristisches Potential welches es auf sanfte
- 24 und gesteuerte Weise zu nutzen gilt.
- 25
- 26 Begründung:
- 27 Erfolgt Mündlich.

E-4**Titel** Nachhaltige Entwicklung neu denken**AntragstellerInnen** AK Umwelt**Zur Weiterleitung an** angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Nachhaltige Entwicklung neu denken

1 Der Kampf um die Zukunft der menschlichen Zivilisation

2 Die letzten zwei Jahrhunderte sind für die Menschheit eine Periode radikaler politischer, wirtschaftlicher, ge-
 3 sellschaftlicher und kultureller Umbrüche gewesen. Innovationen wie die Dampfmaschine, die Eisenbahn und
 4 der Webstuhl läuteten das kapitalistisch-industrielle Zeitalter ein. Zusammen mit neuen globalen Handels-
 5 strömen, rapider Verstädterung, schneller Verbreitung von Wissen und aufkommender Bildung für weite Tei-
 6 le der Gesellschaft, sozialem Aufstieg aber zugleich neuen sozialen Problemen und zügelloser Ausbeutung
 7 durch Lohnsklaverei und Kolonialismus durchlief die neue Welt des kapitalistisch-industriellen Zeitalters eine
 8 Reihe von Geburtswehen. Nach den Wirren erbitterter Machtkämpfe und entfesselter kriegerischer Gewalt-
 9 spiralen im hypernationalistischen Europa des frühen 20. Jahrhunderts bedeute die Nachkriegsordnung eine
 10 Periode des relativen Wohlstandes unter dem bis heute anhaltenden Schatten globaler Ausbeutungsverhält-
 11 nisse und einem Wettkampf der Systeme. Doch ruht diese Ordnung nicht zuletzt auch auf systembedingter
 12 ökologischer Blindheit. Seit den 1960ern hat die Wissenschaft die Welt mit der Realität globaler Erwärmung
 13 durch Treibhausgase konfrontiert und damit, dass das kapitalistisch-industrielle Wirtschaftsmodell nicht fort-
 14 bestehen kann. Nach Jahren der systematischen Verhüllung und Vernebelung der Fakten durch Ölkonzerne,
 15 allem voran Exxon, wurden die immanenten Grenzen der industriellen Gesellschaft vor dem Hintergrund der
 16 Ergebnisse der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ des „Club of Rome“ immer deutlicher. Doch geschul-
 17 det durch weitere Leugnung, fehlenden gesellschaftlichen Druck sowie fehlende Anreize zur Anpassung für
 18 wirtschaftliche

19 und politische Eliten wurde nicht eingelenkt. Neoliberale Globalisierung hat zwar selbst innerhalb seines aus-
 20 beuterischen Kalküls durchaus globale Armut reduzieren können, doch ist es nicht nur sozial blind, sondern
 21 auch ökologisch. So hat die Neoliberalisierung den Griff dieser Ordnung weiter verstärkt und ökologische Zer-
 22 störung weiter beschleunigt. Seit der Deklaration von Rio im Jahre 1990 sind globale CO₂-Emissionen um wei-
 23 tere 60 Prozent

24 angestiegen und steigen bis heute weiter an. Die Menschheit benutzt nun ca. das doppelte der globalen Bio-
 25 kapazität, was sich in einen extrem alarmierenden neuen Artensterben ausdrückt: Globale Biodiversität ist in
 26 einem freien Fall und seit 1970 um etwa die Hälfte abgefallen!

27 Das kapitalistische System ist seiner nach Natur süchtig nach grenzenlosem Wachstum, globaler Akkumulati-
 28 on in den Händen Weniger, ungezügelter Verbrauch materieller Ressourcen und fossilen Brennstoffen sowie
 29 wechselseitiger Verschuldung. Die Hälfte der Menschheit muss von weniger als dem Äquivalent von 3 US Dol-
 30 lar am Tag leben, sprich in bitterer Armut, während gerade einmal acht Menschen so viel besitzen wie sie
 31 alle zusammen. Die globale Finanzwirtschaft hat mittlerweile ein wesentlich höheres Volumen als die gesamte
 32 Realwirtschaft. Die globalen 1 Prozent sind laut einer kürzlich durchgeführten Oxfam-Studie für 50 Prozent
 33 aller Emissionen verantwortlich. Kritische Ressourcen und Kapazitäten werden Spätromischer Dekadenz glei-
 34 chend durch die absurden materialistischen Exzesse der Wenigen verschwendet und versperren Kernpoten-
 35 tiale zur sozial-ökologischen Transformation. So sind strukturelle Lösungen innerhalb des aktuellen Systems
 36 unmöglich: Die Narrativen über Entkopplung des konventionellen Wachstumsmodells von Emissionen und
 37 Ressourcenverbrauch („grünes Wachstum“) durch allein technische Innovationen, einem Primat der Märkte

38 und Vorstöße zur Individualisierung von Klimalösungen bleiben wissenschaftlich widerlegte Phantasmen wirt-
39 schaftlicher Eliten in Hoffnung auf Erhalt ihrer illegitimen Machtpositionen und Privilegien.

40 In einer sich wechselseitig verschärfenden Mehrfachkrise von Weltwirtschaftssteuerung durch neoliberale Ak-
41 teure, umweltfeindlichen Anreizstrukturen auf allen Ebenen, unzureichendem normativen Wandel und poli-
42 tischen Druck auf politische wie wirtschaftliche Eliten, allgegenwärtiger Kurzsichtigkeit, sozialer Trittbrettfah-
43 rerprobleme, ideologischer Hegemonie des Neoliberalismus in atomisierten Gesellschaften sowie fehlender
44 Pionierforschung zu attraktiven nachhaltigen Gesellschaftsmodellen steckt die Menschheit innerhalb jenes
45 Systems fest („Lock-In“), welches in Worten des weltweit führenden Klimaforschers und Direktor Emeritus des
46 Potsdamer Klimainstituts Hans Joachim Schellnhuber den Planeten „direkt und ohne Tempolimit gegen die
47 Wand“ fährt! Wir sind in einer außer Rand und Band geratenen globalen Nachhaltigkeitskrise, die unser aller
48 Zukunft unmittelbar bedroht!

49 Geschuldet durch die langjährige Ignorierung und Negation des Klimawandels durch vorherige Generationen
50 schließt sich das Zeitfenster für eine Transformation zur Nachhaltigkeit jetzt rapide. Der Weltklimarat (IPCC)
51 zeigt in einer aktuellen Sammelstudie, dass das im Pariser Klimaabkommen festgelegte Ziel der Begrenzung
52 globaler Erwärmung von 2 Grad über vor industrieller Durchschnittstemperatur nicht mehr ausreicht. Viel-
53 mehr müssen wir Erwärmung nun dringend auf 1,5 Grad begrenzen, um mit größtmöglicher Wahrscheinlich-
54 keit extreme Folgen des Klimawandels noch zu verhindern! Ohne größere Kurskorrekturen wird die

55 Menschheit so bereits im kommenden Jahrzehnt ihr ganzes verbleibendes CO₂-Budget dafür verpulvern und
56 jede Form von Klimagerechtigkeit für aufholende Entwicklung derüberwiegenden Bevölkerungsmehrheiten
57 des Globalen Südens rechtlos zunichtemachen. In einem kollektiven Hangeln der Menschheit mit sich selbst
58 und ihrer eigenen Natur sind die nächsten Jahre die entscheidende aufziehende Schicksalsgabelung zwischen
59 einer 'Großen Transformation' hin zu einer nachhaltigen und gerechten Weltgesellschaft oder aber einer di-
60 rekten Zerstörung unser aller Lebensgrundlagen, nicht mehr aufzuhaltenden zivilisatorischen Abwärtsspiralen
61 und bitteren Verteilungskonflikten, welche den Fortbestand der menschlichen Zivilisation als Ganzes infrage
62 stellen werden.

63 Doch darf uns diese aussichtslos wirkende Lage nicht zum Aufgeben drängen! Die Geschichte hat uns gezeigt,
64 dass die Menschheit voller Potentiale steckt – sie haben uns zu diesen ungekannten Aufstiegen in allen Teilen
65 der Welt gebracht die wir heute genießen. Wir haben die Gräuel von Armut, Krankheiten und Krieg bedeu-
66 tungsvoll zurückgedrängt und einem großen Teil unserer Artgenossen ein Leben in Würde ermöglicht. Bereits
67 jetzt existieren alle

68 sozial- und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse, um ein Leben in überragender Erfüllung für die 9-10 Milli-
69 arden Menschen zu schaffen, die wir Mitte dieses Jahrhunderts sein werden – die Reise zu einer nachhaltigen
70 Weltgesellschaft kann also eine positive und spannende sein. Es kann wahrlich das zentrale Jahrhundert jener
71 Menschheit werden, die nach allen Aberjahrhunderten und Jahrtausenden stumpfer Widrigkeiten gegen sich
72 selbst endlich zu sich selbst findet.

73 Das Tandem aus Pariser Klimaabkommen und den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) bildet dafür ein
74 solides Rahmenwerk aus gemeinsamen Zielen. Noch lässt sich diese globale Wende einer Großen Transforma-
75 tion bewerkstelligen, aber das Zeitfenster schließt sich wiegesagt nun rapide. Es braucht eine neue, ganzheit-
76 liche Vision einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft, ja einen neuen Gesellschaftsvertrag in welchem
77 die Menschheit zugleich in Harmonie mit sich selbst und der Natur existieren kann. Das mag sich utopisch
78 oder gar träumerisch anhören – doch ist das glatte Gegenteil der Fall: Es sind die Visionäre einer neuen Welt
79 die tatsächlichen Pragmatiker im Lichte unabdingbarer Änderungen gegen jene selbsterklärten Pragmatiker
80 – manch einer mag sich „Profi“ nennen – die sie am Status Quo, ja einer alten Welt ohne Zukunft festhalten,
81 was sie zu den tatsächlichen Träumern macht! Doch Zukunft gibt es nicht für Lau! Diese Große Transformation
82 muss gemeinsam, koordiniert und strategisch in Form eines globalen Zusammenschlusses gegen knallharte
83 Interessensgegensätze aktueller Elitenstrukturen auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Verbände der So-
84 zialistischen Internationale, der Progressiven Allianz, der Global Greens und andere progressive Parteien(ver-
85 bände) weltweit müssen Hand in Hand mit Zivilgesellschaften, Wissenschaft, NGOs und Aktivisten eine geeinte
86 Front des Systemwandels zu einem neuen Abschnitt der Menschheitsgeschichte formieren!

87 Wir fordern:

88 • Eine globale Große Transformation hin zu einer nachhaltigen Weltgesellschaft, bei welcher globale Entwick-

- 89 lung mit Klima- und Umweltschutz vereint werden:
- 90 o Die Erreichung des 1,5 Grad Ziels zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und Vermeidung der Aus-
91 lösung von Erdkipppunkten, welche den Klimawandel unaufhaltbar machen würden. Es braucht dafür – vom
92 Ausgangszeitpunkt 2019– eine überwiegende Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis spätestens 2045 mit
93 Negativemissionen möglichst unmittelbar danach
- 94 o Globale Entwicklung und Umweltschutz nicht gegeneinander auszuspielen! Wir stehen für das Recht auf
95 nachholende Entwicklung im Rahmen planetarer Belastungsgrenzen und Tragweiten ein. Wir fordern nun zü-
96 gige globale Dekarbonisierung, um durch ein so erreichbares Mindestmaß an Klimagerechtigkeit möglichst
97 viele Spielräume für aufholende Entwicklung des Globalen Südens zu erhalten
- 98 o Eine globale Kultur- und Mobilisierungswende!
- 99 Einen flächendeckenden ökologischen Bewusstseinswandel zu erwirken! Die Gesellschaften dieser Erde müs-
100 sen sich dem vollen Ausmaß dessen, was auf dem Spiel steht bewusst werden und nicht nur individuelles
101 Konsumverhaltens ändern, sondern vielmehr auch aktiven systemischen Widerstand gegen die völlige ökolo-
102 gische Blindheit des aktuellen Systems leisten! Nur durch überwältigenden gesellschaftlichen Druck kann die
103 Große Transformation noch schnell und umfassend genug erwirkt werden!
- 104 o Eine globale Sozialismuswende!
- 105 Eine Wende zu einem globalen demokratischen Ökosozialismus! Inkrementelle Lösungen innerhalb des ka-
106 pitalistischen Systems mit seinen strukturellen Blockaden sind in Anbetracht der Lage völlig unzureichend.
107 Umfassende Strategien dazu existieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht (womit auch selbst in diesem An-
108 trag leider Vieles nur an der Oberfläche kratzen kann) und müssen möglich schnell gemeinsam erarbeitet
109 werden!
- 110 Globale Umverteilung vom Globalen Norden zum Globalen Süden! Nur dadurch lassen sich die Transforma-
111 tionspotentiale für die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele und ein menschenwürdiges Leben für
112 alle noch realisieren!
- 113 o Eine globale Wohlstands- und Konsumwende!
- 114 Ein neues Wohlstands- und Lebensmodell fernab des kapitalistischen Modells des endlosen Wachstums, das
115 die Bedürfnisse des Menschen mit denen der Natur vereinbart. Allem voran müssen erweiterte Indikatoren
116 des menschlichen Wohlstandes als neue Zielsysteme etabliert und durchgesetzt werden. Warenfetischismus
117 ist nicht etwa die Essenz des menschlichen Glücks, sondern eine Pathologie dagegen! Es müssen im Rahmen
118 der Großen Transformation durch Verringerung von Arbeitszeit und energieintensiver Wirtschaftsprozesse
119 den Menschen neue Freiräume zur Verfolgung vermehrt immaterieller Lebensziele gegeben werden
- 120 o Eine globale Energiewende!
- 121 Die Einführung einer globalen CO2 Steuer sowie schrittweise engeren Maximalmissionen entlang der Re-
122 duktionserfordernisse des 1,5 Grad-Ziels kombiniert mit Kriterien der Klimagerechtigkeit zwischen Staaten mit
123 scharfen, rechtlich bindenden Sanktionen. Diese Steuer muss zugleich zur Gegenfinanzierung transformativer
124 energie- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen gerade im globalen Süden genutzt werden, die Sinnhaftigkeit
125 zusätzlich ein Emissionszertifikatssystem einzuführen muss geprüft werden
- 126 Globale, nationale und lokale Aktionspläne zur schnellstmöglichen Transformation von Energiesystemen von
127 fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern und Schaffung entsprechender umfassender Fonds und Finan-
128 zierungsmechanismen zu deren Umsetzung
- 129 Einen globalen Stopp aller direkten Anreize (z.B. Subventionen) für fossile Energieträger und einen radikalen
130 Wandel zu Anreizen für erneuerbare Energieträger
- 131 Die massive Förderung von Innovation und Forschung zu erneuerbaren Energieträgern
- 132 o Eine globale Kooperationswende!
- 133 Eine Renaissance internationaler Kooperation und Multilateralismus zur gemeinsamen Aushandlung und Ver-
134 folgung der Großen Transformation zugunsten des Globalen Südens unter Erhalt der liberalen Weltordnung.
135 Im nationalen klein-klein kann sie unmöglich gelingen!

- 136 Die Aufsetzung von Dekarbonisierungspartnerschaften mit entsprechenden Fonds, Technologietransfers und
 137 technischer Assistenz gerade zur Unterstützung von Entwicklungs- und Schwellenländern für Dekarbonisie-
 138 rung bei gleichzeitiger Sicherung weiteren Entwicklungspotentials
- 139 o Eine globale Ressourcenwende!
- 140 Eine weitestgehende Re-Lokalisierung von Wertschöpfungs- und Lieferketten und einen Übergang zu dezentralen
 141 Kreislaufwirtschaften
- 142 Eine starke Reduktion von Massivbeton- und Stahlbau zur Ressourcenschonung und Verringerung der Ener-
 143 gieintensität von Gebäudebau durch Einsatz nachhaltigerer Bausubstanzen
- 144 Globale Wiederaufforstungsprogramme sowie den Stopp aktueller Entwaldung (besonders auch durch recht-
 145 wirksamen Schutz von Ökosystemen) und den Übergang zu nachhaltiger Forstwirtschaft
- 146 o Eine globale Mobilitätswende!
- 147 Massive Förderung von Elektromobilität und zusammenhängender Forschung wie Infrastruktur auch nach
 148 Beschlusslage U1 („Voll geladen! – Mobilität von morgen“) des Juso-Bundeskongresses 2017
- 149 Eine weitestgehend mögliche Verringerung des Ressourcen- bzw. Materialeinsatzes im Mobilitätssek-
 150 tor
- 151 Massiver Ausbau von Öffentlichen Nahverkehrsmitteln zur Schaffung von nachhaltigen und attraktiven Alter-
 152 nativen zum Individualverkehr
- 153 Eine Renaissance des Schienenverkehrs als zumeist klimaverträglichste Transportationsmethode des
 154 Personen- und Warenverkehrs
- 155 Einen sehr starken Rückbau/ Abbau von Flugverkehr von Personen und besonders Warenverkehr unter an-
 156 derem durch Kerosinbesteuerung
- 157 Einen Rückbau/ Abbau von Warenverkehr über Schiffe als Folge relokalisierter Wertschöpfungsketten in der
 158 Weltwirtschaft als auch durch Schiffsdieselbesteuerung
- 159 o Eine globale Agrar- und Ernährungswende!
- 160 Den ökologisch verträglichen Kapazitätsausbau von Agrarsystemen („Sustainable Intensification“) im Globalen
 161 Süden besonders für Kleinbauer*Innen in ländlichen Gebieten
- 162 Einen allgemeinen Wandel von agroindustrieller Landwirtschaft und chemischen Pestiziden hin zum ökologi-
 163 schen Landbau
- 164 Die Förderung klimaschonender Ernährungsweisen durch kulturellen Wandel erreichte veränderte Ernäh-
 165 rungsgewohnheiten (Reduktionen im Fleischkonsum und anderer klimaschädlicher Lebensmittel, ...) sowie
 166 Reduktion von Lebensmittelverschwendung und unnachhaltigem Verpackungsmaterial
- 167 o Eine globale Urbane Wende!
- 168 2050 werden ca. drei Viertel der Weltbevölkerung in Städten leben. Im Rahmen des UN-Habitat Prozesses
 169 und der UN-Urban Agenda müssen Städte durch aufzubauende globale Fonds (z.B. über die Weltbank) und
 170 technische Assistenz, besonders auch über Städtepartnerschaften gezielt dabei unterstützt werden, diesen
 171 Umzug der Menschheit zum Wohle aller zu gestalten und drohende Slumbildung im Globalen Süden zu ver-
 172 hindern.
- 173 Nachhaltige Urbanisierungskonzepte und -strategien und diese im Dialog mit den Bürgern zu entwi-
 174 ckeln
- 175 Die Ausweitung von autofreien und verkehrsberuhigten Zonen zur Verbesserung städtischer Luftqualität und
 176 Verringerung von Lärmbelastung
- 177 o Eine globale Industrielle Wende!
- 178 Einen zeitgerechten Aufbau transformativer/substanzerhaltender Wirtschaftssektoren wie der erneuerbare
 179 Energiesektor und den Rückbau nicht nachhaltiger/substanzverzehrender Wirtschaftssektoren wie Teile der

- 180 Schwerindustrie und der Autoindustrie für weitere notwendige Reduktionen von Ressourcenverbrauch und
 181 Energieintensität
- 182 o Eine globale Bildungs- und Forschungswende!
- 183 Die Wissenschaft muss sich aus ihrer vorrangig beschreibenden/deskriptiven Funktion emanzipieren, durch
 184 vermehrte inter- und transdisziplinäre Arbeit vermehrt die globalen Zukunftsfragen behandeln sowie Trans-
 185 formationsprozesse im Dialog konzeptionieren, unterstützen und begleiten („Stufe 3 Wissenschaft“).
- 186 So muss auch auf Schulebene nach Beschlusslage U13 des Juso- Bundeskongresses 2018 mit Bildung für Nach-
 187 haltige Entwicklung (BNE) für diese Themen früher und wesentlich umfassender sensibilisiert werden
- 188 Handelspolitik grundlegend neu ausrichten – Schluss mit struktureller Gewalt!
- 189 Es ist harte Realität, dass Süd-Süd Handel weiterhin nur einen sehr kleinen Anteil im Kontrast zu Nord-Süd
 190 Handel ausmacht und in absehbarer Zeit nur unwesentlich steigen wird. Währenddessen werden, stark sim-
 191 plifiziert, immense Mengen an Rohstoffen seitens Entwicklungsländer exportiert und verarbeitete Produkte
 192 von Schwellenländern und dem Globalen Norden importiert, jedoch unter extrem unfairen Konditionen („bad
 193 terms of trade“). Beispielsweise produziert Afrika 75 Prozent des Kakaos auf der Welt, bekommt aber nur zwei
 194 Prozent des Gewinns! Immernoch überschwemmen Agrarprodukte des globalen Nordens die Märkte des glo-
 195 balen Südens und Verhindern damit regionale wirtschaftliche Entwicklung. Schließlich sind unsere Lebenswei-
 196 sen und unser Lebensstandard nur durch systematische strukturelle Gewalt möglich, indem die Bevölkerungs-
 197 mehrheiten des Globalen Südens unter teils menschenunwürdigen Bedingungen für miserable Bezahlung ar-
 198 beiten müssen. Die Produkte dieser Arbeit werden zu ausbeuterischen Konditionen zu uns importiert und
 199 weiterverarbeitet, sodass der eigentliche gesamte Arbeitsaufwand derer Produkte, die wir konsumieren um
 200 ein Vielfaches höher ist als Unserer. Diese strukturellen Asymmetrien im globalen Wirtschaftssystem führen
 201 dazu, dass der Globale Süden pro Jahr ca. 1,3 Billionen USD vom Norden erhält, während aber zugleich umge-
 202 kehrt 3,3 Billionen an den Norden gehen. Es ergibt sich demnach ein Minus von 2 Billionen USD zu Lasten des
 203 wesentlich bevölkerungsreicheren Globalen Südens. Die 125 Milliarden an weltweiten Hilfgeldern sind dabei
 204 logischerweise nur der Tropfen auf dem heißen Stein – die „Hilfe“ fließt sozusagen umgekehrt! Nur wenn wir
 205 uns das eingestehen, kommt die Debatte um Entwicklungszusammenarbeit und Handelspolitik weiter. Wir
 206 leben also nicht nur über unsere eigenen Verhältnisse, sondern auch über die der Anderen! Wie schon zu
 207 Urzeiten der menschlichen Geschichte kommt es so zu verbitterten Verteilungskämpfen um einfachste mate-
 208 rielle Bedürfnisse, während die Wenigen in absurdestem Luxus leben. Die soziale Ungleichheit in Deutschland
 209 ist seinerseits in ein genuin perverses Weltungleichheitssystem eingebettet, bei welchem der Wohlstand im
 210 globalen Norden auf Ausbeutung aufbaut und Potentiale für aufholende Entwicklung durch unverhältnismä-
 211 ßigen Ressourcenkonsum und Schadstoffausstoß stetig verdrängt!
- 212 Wir fordern:
- 213 • Fairer Handel statt Freihandel! Strukturelle Benachteiligungen müssen abgebaut und globale Wirtschaftsbe-
 214 ziehungen neu geregelt werden. Nur so ist die Schaffung einer gerechten Weltwirtschafts- und Handelsord-
 215 nung überhaupt möglich
 - 216 • Die internationalen Finanzinstitutionen (IFIs), besonders die Bretton-Woods Institutionen der „World Trade
 217 Organisation“ (WTO) und „International Monetary
 218 Fund“ (IMF) müssen ernsthaft in Frage gestellt werden. Es braucht mindestens eine konsequente Demokratisie-
 219 rung besonders in Bezug auf die Art der Stimmgewichtung und Amtsbesetzung in den dortigen Gremien sowie
 220 grundlegender struktureller Reformen weg von anhaltender neoliberaler Politik des Washingtoner Konsens.
 221 Den Stimmen des Globalen Südens muss Gehör verschafft werden, der Privatisierungs- und Liberalisierungs-
 222 druck muss aufhören! Eine strukturelle Besserstellung von Nicht- Industrieländern (Gruppe 77), besonders der
 223 am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) in jenen Handelsinstitutionen ist dringend geboten!
 - 224 • Eine globale Preisfestlegung von bestimmten Rohstoffen. Damit können strukturelle Ungleichheiten im Han-
 225 del zwischen Globalem Norden und Globalem Süden durch höhere Einnahmen entgegengewirkt werden,
 226 Planungssicherheiten für Entwicklungsländer erhöht werden und zugleich entscheidende Anreize zur drin-
 227 gend
- 228 notwendigen Verringerung von Rohstoffintensität der Weltwirtschaft gesetzt werden

229 • Die faire und gerechte Integration des globalen Südens in die globale Wirtschaft, die lokale wie nachhaltige
 230 Wertschöpfungsketten und gut bezahlte Arbeitsplätze im formellen Sektor aufbaut statt auf kurzfristige Ge-
 231 winne abzielen. Im Zuge dessen gilt es besonders die ILO-Kernarbeitsnormen flächendeckend in globale wie
 232 lokale Lieferketten zu etablieren

233 • Den Stopp von aktuellen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) und faire Neuverhandlungen dieser,
 234 sodass sie dem Globalen Süden tatsächlich nutzen, statt ihn auszubeuten! Hierzu gehört ein Stopp des Priva-
 235 tisierungsdrucks (besonders der öffentlichen Daseinsvorsorge) und die strikte, rechtlich bindende Koppelung
 236 von EPAs an Nachhaltigkeitskriterien sowie Arbeits- und Umweltstandards

237 • Jene lokale Produktion zu schützen, die vor äußerem Konkurrenzdruck nicht standhalten kann. Insbesondere
 238 muss das internationale Agrardumping aufhören!

239 • Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer („Tobin Steuer“) zur Finanzierung von Entwicklungszusam-
 240 menarbeit und Klimaschutz

241 • Die zeitliche Ausweitung (neu) erteilter Marktzugangsgenehmigungen beim USamerikanischen Handelsge-
 242 setz „Africa Growth and Opportunity Act“ (AGOA) für erhöhte Planungssicherheiten. Bestenfalls soll der Zu-
 243 gang afrikanischer Länder auf den US-amerikanischen Markt wie beim europäischen Abkommen „Everything
 244 but Arms“ (EBA) für alle gelten.

245 **Gezielte Reformpartnerschaften – gute Regierungsführung als essenzieller Bestandteil für gelingende** 246 **nachhaltige Entwicklung**

247 Das Ende des Kalten Krieges fühlte sich für den Westen wie ein Sieg an. Die liberalen Demokratien hatten den
 248 diktatorischen Kommunismus in die Knie gezwungen – das war eines der damaligen Gefühle. Die weltweite Eta-
 249 blierung der Freiheit schien vor der Tür zu stehen. Heute wissen wir, dass das eine Illusion war. Autokratische
 250 Systeme wie China haben sich als erschreckend stabil erwiesen – der „Wettlauf der Systeme“ geht in anderer
 251 Form weiter. Im Falle der Sub-Sahara haben wir es weiterhin mit autokratischen wie korrupten Oligarchien zu
 252 tun, welche die Reichtümer des jeweiligen Landes ungestört unter sich aufteilen, während

253 der Rest seiner Umstände überlassen wird. Zur Machterhaltung halten werden Bürger bewusst in Apathie
 254 und Unwissen gehalten. Auch wenn Wahlen in den meisten Staaten offiziell durchgeführt werden, so sind sie,
 255 wie die weitestgehend vernichtenden Wahlbeobachterberichte von der UN und der OECD deutlich darlegen
 256 gefälscht, und fungieren als bloßer Schein und Legitimierungsquelle der betreffenden Regime. Den interna-
 257 tionalen Medien Gewaltenteilung und freie Wahlen vorzugaukeln bei gleichzeitig euphemistischer Rhetorik ist
 258 Teil des Repertoires dieser eingespielten Machtcliquen. Bis heute kommt das Geld zur Armutsbekämpfung
 259 gar nicht oder nur zu Teilen bei den Betroffenen an. Oft versickert es in Korruptionskanäle, in denen man
 260 es nie wieder sieht. Erfolgreiche Entwicklung setzt voraus, dass die Regierung sie auch will und dafür nötige
 261 Transformationen in Gang setzt. Die Bedeutung guter Regierungsführung in Bezug auf gelingende nachhaltige
 262 Entwicklung kann fast nicht überbetont werden. Es hat sich gezeigt, dass trotz all der strukturellen Nachteile
 263 eine gewillte Reformregierung die Armut allein schon mit eigenen Mitteln in kurzer Zeit effektiv mildern kann.
 264 Eine Reformregierung ist eine höchst wertvolle Chance für das Land – sie muss genutzt werden und auf inter-
 265 nationale Unterstützung bauen können. Wir müssen sie dabei unterstützen, kritische Wandlungsprozesse und
 266 Reformen erfolgreich durchführen zu können. Hier muss auch die Zivilgesellschaft über rechtlich bindende Kon-
 267 trollgremien in dem heiklen Prozess des nationalen Budgetmanagements beteiligt sein. Besonders Gewinne
 268 aus dem Bereich Ressourcenabbau sind in den Händen jener Gremien meist besser aufgehoben. Beispiels-
 269 weise hat das sogenannte „Collège de Contrôle et de Surveillance des Ressources Pétrolières“ (CCSRP) mit der
 270 öffentlichen wie transparenten

271 Verwaltung der Gewinne aus der Tschad-Kamerun Ölpipeline die Armutsraten beträchtlich senken können,
 272 bis es durch die Regierung später systematisch ausgehebelt und entmachtete wurde.

273 Wir fordern:

274 • Partnerschaften auf Augenhöhe! Die internationale Ellenbogenpolitik und Benachteiligung gegen Entwick-
 275 lungsländer müssen aufhören! Gleichzeitig darf sich keine Blindheit gegen offen egoistisches Verhalten von
 276 Regierungen bilden. Gleichberechtigung der Geschlechter, wie auch allgemein Menschenrechte und Demokra-
 277 tie dürfen nicht als Kulturimperialismus begriffen werden, sondern als Teil eines weltweiten zivilisatorischen
 278 Grundstocks der nach außen aktive einzufordern ist

- 279 • Besonders Länder mit Reformregierungen/ demokratisch gesinnten Regierungen wesentlich stärker durch
 280 zunächst technische Assistenz und wenig später finanzielle Mittel langfristiger als bisher zu unterstützen, so-
 281 dass sie sich behaupten können und eine erfolgreiche demokratische Transformation des politischen Systems
 282 gelingen kann. Gleichzeitig soll aber auch die Entwicklungszusammenarbeit gerade in anderen am wenigsten
 283 entwickelten Ländern (LDCs) nicht vernachlässigt werden, jedoch muss besonders hier die wirksame Budget-
 284 kontrolle gewährleistet sein. Da dies zumeist nicht der Fall ist müssen zivilgesellschaftliche Organisationen
 285 zwischenzeitlich dort ihr Engagement intensivieren, um öffentliche Dienstleistungen zu tragen
- 286 • Im Rahmen der geforderten Entschuldungsoffensive Schuldenerlasse für Länder mit Reformregierungen
 287 zeitlich zu priorisieren und dies als Norm für Finanzinstitutionen flächendeckend zu etablieren
- 288 • Den Stopp an Krediten wie Schenkungen in Form von Budgethilfen an hochkorrupte Staaten und die Abhän-
 289 gigkeitsmachung der Zuwendungshöhen von rechtstaatlichen, demokratischen und transformativen Kriterien
 290 wie Korruptionsbekämpfung
- 291 • Eine generelle Umleitung von Krediten und Entwicklungsprojekten von Schwellenländern auf LDCs wo sie in
 292 der Regel viel eher gebraucht werden, bzw. jene in LDCs gezielt aufzustocken und mehr technische Assistenz
 293 zu leisten
- 294 • Das Feld der Autokratieforschung konkret mit Internationale Beziehungen, Transformationsforschung und
 295 Entwicklungspolitik zu verknüpfen und somit konkrete
- 296 außenpolitische Strategien zu entwickeln, Autokratien zu unterminieren bei gleichzeitig effektiver Hilfe für die
 297 unterdrückten Bevölkerungen
- 298 • Die Schaffung von mehr Stellen für Beratende zu technischer Assistenz
- 299 • Partnerschaften auf Augenhöhe, aber ohne falsche Toleranz gegen offen eigennütziges Verhalten der Regie-
 300 rung und unter Einsetzen für die Werte von Demokratie und Rechtsstaatlich
- 301 • Die Durchsetzung des parlamentarischen Budgetrechts bei politischen Reformierungsprozessen zu priori-
 302 sieren, da transparente Budgetverwaltung ein Schalthebel für weiteren Fortschritt ist
- 303 • Die Einsetzung unabhängiger zivilgesellschaftlicher Budget- und Kontrollgremien ähnlich des CCSRP, die Ge-
 304 winne aus der Wirtschaft öffentlich und transparent zur Finanzierung effektiver Projekte zur Armutsbekämp-
 305 fung einsetzt
- 306 • Die Erweiterung von Evaluationsmaßnahmen von Regierungsarbeit und Projekteffektivität. Der Erfolg muss
 307 stärker überprüft werden. Die weiterführende
- 308 Durchsetzung des Rahmenwerks „Paris Declaration on Aid Effectiveness“ und der dazugehörigen „Acrra Agen-
 309 da for Action“ (AAA) zur Evaluation zwischenstaatlicher Entwicklungszusammenarbeit ist hier wichtiger Be-
 310 standteil. Mechanismen zur Evaluierung auf nationaler und multilateraler Ebene müssen ausgeweitet und wei-
 311 terentwickelt werden. Es braucht neben Doppel-Blindstudien und projektbezogenen Beurteilungen auf stärker
 312 nationalökonomisch und
- 313 systemtheoretisch angelegte Evaluierungsstudien, welche alle Facetten der Auswirkungen, besonders proble-
 314 matische Nebeneffekte, erfassen
- 315 • Infrastrukturprojekte nur in jenen Ländern durchzuführen, in denen bereits früher errichtete Anlagen dau-
 316 erhaft instandgehalten wurden.

317 **Weg vom Almosendenken – Hilfe zur Selbsthilfe!**

- 318 Das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ mag sich normativ/theoretisch schon in der Frühgeschichte von Entwicklungs-
 319 politik, also auch der Agenda des BMZs etabliert haben, jedoch ist es in vielen Bereichen bis heute absolut
 320 nicht wiederzufinden, wie es der entwicklungspolitische Zusammenschluss „Bonner Aufruf“ richtigerweise ar-
 321 gumentiert. Die Förderung von Eigeninitiative („empowerment“) wurde und wird vernachlässigt, was unwei-
 322 gerlich dazu führte und führt, dass örtliche Bevölkerungen ihre Probleme oft nicht alleine lösen können und
 323 daher dazu verdammt sind auf 'Almosen' von außen angewiesen zu
- 324 sein. Diese Apathiezyklen müssen durchbrochen werden! Nachhaltige Entwicklung kann nur gemeinsam mit
 325 den Menschen funktionieren, nicht gegen sie oder über sie hinweg. Den Leuten die Mittel bereitzustellen, sich

326 eine Zukunft aufzubauen ist der menschenwürdigste und effektivste Weg! Es darf hier nicht bei neoliberalen
 327 Auslegungen von Empowerment bleiben, sondern es müssen mit Empowerment gezielt gegen die überregio-
 328 nalen, politischen und systemischen Ursachen von Armut mobil gemacht werden!

329 Wir fordern:

330 • Eine massive Bildungs- und Eigenverantwortungsinitiative, also mit Entwicklungszusammenarbeit gezielt
 331 und wesentlich stärker individuelle und gesellschaftliche Eigenanstrengungen zu stärken, sich selbst zu hel-
 332 fen.

333 • Mit entwicklungspolitischen Maßnahmen die systemischen bzw. strukturellen Ursachen welche Armut pro-
 334 duzieren und reproduzieren zu bekämpfen statt bloß dessen Symptome

335 • Eine globale Entschuldungsoffensive für Entwicklungsländer nach Beschlusslage A26 (Die Fesseln der Ent-
 336 wicklungsländerzerschlagen! Entschuldungsoffensive starten!) des SPD-Parteitages 2015

337 • Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einen ökonomischen Entwicklungs- und Modernisierungsprozess in
 338 Gang setzen, anstatt die inländische Wirtschaft durch Überflutung von Dumpingimporten gegen die Wand zu
 339 drücken

340 • Bewiesen ineffektive Hilfsprojekte und Organisationen von staatlicher Förderung auszunehmen, um notwen-
 341 dige Anreize zur Effizienzsteigerung zu schaffen

342 • Entwicklungsgelder ausschließlich gegen Fluchtursachen einzusetzen statt gegen Flüchtlinge (z. B. Grenz-
 343 schutz) zu instrumentalisieren

344 • Die wichtige Rolle von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit anzuerkennen und zu fördern

345 • Ein weltweites Verbot von Genitalverstümmelung nach Beschlusslage G13 des Juso-Bundeskongresses
 346 2016

347 • Einen massiven Ausbau von Mikrokreditdienstleistungen (z.B. der Grameen Bank) und Mikroversicherungen
 348 unter fairen Konditionen. Hier ließe sich ein multilateraler Fond/ eine Public-Private-Partnership (PPP) auf-
 349 zubauen, die durch Unterstützung an die betreffenden Organisationen die Zinsrate bzw. die Beitragshöhe für
 350 die Betroffenen senkt sowie eine schnellere flächendeckende Etablierung und damit besseren Zugang erlaubt.
 351 Gleichwohl muss die strategische Evaluierung von Mikroversicherungen verstärkt werden Ländliche Entwick-
 352 lung und Agrarsektor priorisieren

353 In Sub-Sahara Afrika gehen weniger als 10 Prozent der Budgets der Entwicklungsprogramme an ländliche
 354 Gebiete, in denen jedoch über 70 Prozent der Bevölkerung leben. Fast alle sind sie in der Landwirtschaft,
 355 also Subsistenzwirtschaft, tätig. Dabei ist durch stagnierende Erträge pro Kopf die Ernährungslage nicht ent-
 356 scheidend besser geworden. Zudem stellen die Gefahren des Klimawandels, die Zerstörung von Ökosyste-
 357 men sowie das globale Bevölkerungswachstum, welches sich auf Asien und Sub-Sahara Afrika konzentriert, die
 358 Landwirtschafts- und Nahrungssysteme gerade in ländlichen Räumen vor immense Herausforderungen. In der
 359 Sahelzone drohen in Gemengelage dieser Trends neue Hungersnöte und Flucht in kaum gekannten Ausmaße.
 360 Die Kapazitäten der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf ländliche Gebiete umzuverlegen wür-
 361 de für wesentlich mehr Menschen dringend gebotene Perspektiven schaffen. Dadurch kann auch Landflucht
 362 reduziert werden, was damit auch Slumbildung in Städten des globalen Südens ausbremsen kann.

363 Wir fordern:

364 • Eine globale Investitionsoffensive und Fokusverlagerung der Entwicklungszusammenarbeit auf ländliche Ent-
 365 wicklung und mit in Grundbedürfnissen

366 zusammenhängenden Bereichen wie Wasserversorgung und Landwirtschaft. Es braucht eine neue Grundbe-
 367 dürfnisstrategie für internationale

368 Entwicklungszusammenarbeit, welche systematisch die humanitär dringlichsten Problemkomplexe adressiert,
 369 statt durch außenwirtschaftliche Interessen dominierte, übermäßig industriefokussierte Ansätze den zweiten
 370 Schritt vor dem ersten machen zu wollen!

371 • Eine zweite „Grüne Revolution“ im globalen Süden, welche durch landwirtschaftliche Modernisierung, Trai-
 372 ningsprogramme und verstärkten ökologischen Landbau wie Agroforstwirtschaft besonders Erträge von Klein-

373 bauern langfristig und ökologisch verträglich steigert. Der Fokus muss daher die effektivere Bewirtschaftung
 374 bestehenden Ackerlandes sein – oft umweltschädigende Flächenerweiterung muss das letzte Mittel sein. Damit
 375 soll Ernährungssicherheit entschieden verbessert, Naturräume geschont, Landflucht vermieden und zugleich
 376 höherwertige Beschäftigungsmöglichkeiten abseits des Agrarsektors geschaffen werden.

377 • Die Auferlegung von globalen Cash-Transfer Programmen, welche gezielt von Ernährungsunsicherheit be-
 378 troffenen Personen finanziell unterstützt. So kann als

379 Ergänzung zu bestehenden Projekten sowohl effektiv Hunger bekämpft als auch lokaler Kapazitätsaufbau der
 380 Landwirtschaft unterstützt werden.

381 • Den Zugang zu Wasser als kritische Entwicklungskomponente durch ambitioniertere Maßnahmen nachhaltig
 382 zu verbessern. Für eine übergreifende Lösung im Raum Sub-Sahara Afrika braucht es weitere Machbarkeits-
 383 studien zu einer transafrikanischen Wasserpipeline (in Anlehnung an die der „Trans Africa Pipeline Inc.“) oder
 384 einen dezentralisiertem Netz von Pipelines sowie, je nach tatsächlicher Effektivität dieses Ansatzes, den Aufbau
 385 einer multilateralen Allianz zur Konstruktion und Aufrechterhaltung dieser. Im Lichte des aktuellen Wasser-
 386 mangels in vielen Regionen könnte die entscheidende Entwicklungspotentiale und Resilienz bedeuten!

387 • Eine Investitionsoffensive in nachhaltige Energieträger im globalen Süden. Im Rahmen von Dekarbonisie-
 388 rungspartnerschaften sind dabei zentrale und dezentrale Lösungen zu fördern. Eine Kernintervention muss
 389 auch die ambitionierte Wiederaufnahme des Wüstenstromprojektes „DESERTEC“ der Desertec Stiftung und
 390 des Club of Rome sein mit dem Versuch, die Energiekonzerne erneut ins Boot zu nehmen. Neben Europa
 391 müssen so auch ländliche Gebiete südlich der Sahara Afrikas profitieren, indem durch Bau entsprechender
 392 Stromtrassen gezielt Zugang zu Energie für örtliche Haushalte und Betriebe ermöglicht und somit Potentiale
 393 zur örtlichen Entwicklung geschaffen werden sollen.

394 **Für eine internationale Anti-Landraub-Initiative**

395 Natürlich kann die inländische Wirtschaft am Export von Agrarprodukten profitieren. Investitionen von au-
 396 ßerhalb in den Agrarsektor können situativ Sinn machen, doch muss vorallem gewährleistet sein, dass die
 397 Bevölkerung (dadurch) nicht hungert und davon direkt profitiert. Zumeist ist aber beides schlichtweg nicht
 398 der Fall. Ernährungssicherheit ist kein rein technisches Problem der Ertragssteigerung, sondern vor allem ein
 399 politisches und systemisches Problem in der Frage um Zugang! In der Sub-Sahara sind nach aktuellen Schät-
 400 zungen ungefähr 10 Prozent aller landwirtschaftlich geeigneter Flächen in den Händen ausländischer Investo-
 401 ren. Landraub erfolgt in manchen Ländern nicht nur durch multinationale Agrarkonzerne, sondern auch über
 402 mafiöse lokale Netzwerke bestehend aus Investoren, Verwaltung, Justiz und Sicherheitskräften, die Flächen
 403 an sich reißen und die bisherigen Besitzer gewaltsam vertreiben. Die Ausmaße sind gewaltig und vergrößern
 404 sich zunehmest, besonders durch China. Ein zentrales internationales Problem ist hierbei die fehlende forma-
 405 le Dokumentierung von Landbesitz. Beispielsweise sind in Afrika nur ca. 10 Prozent der Landflächen formal
 406 dokumentiert, was es raffgierigen globalen wie lokalen Eliten sehr einfach machen kann den Menschen vor
 407 Ort ihr Land und damit meist ihre Existenzgrundlage wegzunehmen. Dadurch wurden bisher viele Millionen
 408 Menschen in noch größere wirtschaftliche Marginalisierung verdammt und gezwungen, sich auf der Suche
 409 nach Arbeit in die Städte aufzumachen. Kritisch zu beleuchten ist in diesem Zusammenhang die Rolle inter-
 410 nationaler Finanzinstitutionen (IFIs), besonders der Weltbank, welche Landraub durch manche Fonds mehr
 411 oder weniger direkt mitverantworten. Bisherige Gegenmaßnahmen wie die kürzlich verabschiedeten „Freiwil-
 412 ligen Leitlinien zu Landnutzungsrechten“ (VGGT) der UN sind ein Fortschritt, erweisen sich aber leider als völlig
 413 unzureichend. Ihnen fehlen die regulative Verbindlichkeit und lokale Durchsetzungswerke.

414 Es braucht eine groß angelegte politische Initiative und ein grundlegendes Umdenken in der internationalen
 415 Agrarpolitik, um Raubbau und Naturzerstörung in seine Schranken zu weisen

416 – Kampf gegen Hunger heißt Kampf gegen Landraub! Lektionen lassen sich vom Landschaftsmodell des WWF
 417 im Falle des Amazon-Regenwaldes lernen, welcher genau diesen Vorgang bereits auf kleiner Ebene praktizie-
 418 ren.

419 Wir fordern:

420 • Die Schaffung einer europäischen/offen multilateralen (über das Committee on World Food Security (CFS))
 421 Anti-Landraub-Initiative unter enger Einbindung der Food and Agricultural Organisation (FAO) für Afrika sowie
 422 betroffene Teile Asiens und Lateinamerikas

- 423 o 1. Die Nutzungs- und Naturflächen durch einen gemeinsamen Topf, der sich neben externen Finanzquellen
424 idealerweise aus den Ersparnissen von abbauenden
- 425 Agrarsubventionen speist, entweder ankauft oder wenn nötig nur pachtet, um über Nutzungsflächen Grund-
426 nahrungsmittel für die örtliche Bevölkerung statt „cash-crops“ für den Export anzubauen und Naturflächen
427 unbeschädigt zu halten.
- 428 o 2. Die Verwaltung soll über ein neu geschaffenes EU-Gremium und der FAO erfolgen, oder aber durch die
429 ursprünglichen Besitzer, denen ihr Land genommen
- 430 wurde bei Anbietung von Unterstützung durch die FAO, des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UN-
431 EP) usw.
- 432 o 3. EPAs und Handelsabkommen im Allgemeinen sollen rechtlich bindende Mechanismen bekommen, die
433 bei Hungerkrisen ausdrücklich die Nutzung von Anbauflächen für cash crops bzw. den Export von cash crops
434 wo nötig unterbricht und diese Flächen oder Erträge den lokalen Bevölkerungen zur Verfügung stellt, bis der
435 Hunger beendet ist!
- 436 o 4. Länder innerhalb der Initiative sollen sich explizit dazu verpflichten Landraub einzustellen und wieder
437 zugunsten der lokalen Bevölkerung einsetzen, indem sie
- 438 je nach Fall entweder
- 439 Das Land direkt der lokalen Kleinbauern zur Nutzung bereitstellen und bei Bedarf mit technischer Assistenz
440 unterstützen
- 441 Betreffende Firmen unter der Initiative verstaatlichen
- 442 Betreffenden Firmen die betreffenden Anbauflächen der Initiative abzukaufen (ggf. unter Überlassung der
443 Maschinen) im Rahmen eines Vertrages, der in den von der Anti-Landraub-Initiative abgesteckten Gebieten
444 den weiteren Anbau von cash crops und Akquirierung weiteren Landes verbietet
- 445 o 5. Die Opfer von Landraub sollen ihr rechtmäßig zustehendes Land zurückbekommen (durch z.B. ein in-
446 ternationales Treuhandsystem über die FAO) und Unterstützung zur nachhaltigen Ertragssteigerung erhalten
447 können
- 448 o 6. Für die Auswahl zu übernehmender Flächen soll unter anderem die mit der NGO „Land Matrix“ kooperiert
449 werden, dessen Datenbank „Web of Transnational Deals“ verwendet werden, welches Landraub systematisch
450 erfasst.
- 451 • Eine weitreichende Klärung der Landbesitzverhältnisse zugunsten örtlicher Bevölkerungen. Die formale Do-
452 kumentierung muss sich jeweils mit nationalem Recht
- 453 koppeln und damit Landraub seiner diffusen Rechtsgrundlage entziehen. Den starken politischen Interessen
454 regionaler und nationaler Eliten in Bezug auf Landkontrolle muss unter anderem mit starken zivilen Interes-
455 sensgemeinschaften entgegengewirkt
- 456 werden.
- 457 • Ein internationales Verbot von Nahrungsmittelspekulation
- 458 • Neben Ernährungssicherheit („food security“, also gesicherter Nahrungsversorgung) auch über die Problema-
459 tik von Landraub hinaus Ernährungssouveränität („food sovereignty“, also die Unabhängigkeit und Selbstbe-
460 stimmung von Nahrungsproduktion) in den Fokus zu nehmen und im politischen Prozess miteinander
- 461 zu kombinieren. Damit gilt es auch, Wertschöpfungsketten in Agrarsystemen zu relokalisieren, womit gleich-
462 zeitig der ökologische Fußabdruck reduziert werden soll
- 463 • Eine systematische Aufarbeitung der Rolle von internationalen Finanzinstitutionen, Regierungen, Fonds und
464 (transnationalen) Interessenverbänden bei Landraub. IFIs wie die Weltbank müssen ihre Maßnahmen in der
465 Entwicklungsfinanzierung auf solche Veruntreuungen überprüfen und stoppen und damit mehr tun, als sich
466 bloß auf dem Papier für eine inklusive und nachhaltige Entwicklung auszusprechen!
- 467 **Zivile Organisationen stärken**

468 Bei Krisen und Problemen aller Art sind es zumeist Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bzw. Internationale
 469 Organisationen (IOs) anstelle der Staatenwelt, die als erstes darauf reagieren. Unabhängig von öffentlicher
 470 Aufmerksamkeit und politischem Klein-Klein gehen sie an die Arbeit. So ist es wichtig, dass ihre Unabhän-
 471 gigkeiten bewahrt werden und mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet sind, diese Arbeit auch optimal
 472 machen zu können. Besonders die wirtschaftlich starken Länder sind hier in der Pflicht, dies durchgängig zu
 473 gewährleisten.

474 Zugleich stehen aber auch sie in der Verantwortung, die erhaltenen Mittel richtig einzusetzen, statt aktionisti-
 475 schem Verhalten zu verfallen.

476 Wir fordern:

477 • Eine angemessene Finanzierung von NGOs/IOs unter jeweils der Bedingung effizienter Arbeitsweise der be-
 478 treffenden Organisation

479 • Die Kapazitäten der Vereinten Nationen (UN), der World Health Organisation (WHO), der Food and Agricul-
 480 tural Organisation (FAO), des World Food Programme (WFP), der International Labor Organisation (ILO) usw.
 481 massiv auszubauen, sodass die Reaktion auf Krisen zumindest nicht gänzlich an politischem Vorbehalt oder
 482 fehlender internationaler Aufmerksamkeit zu stocken droht. Gleichzeitig darf sich damit keine „NGO-isierung“
 483 öffentlicher Dienstleistungen im globalen Süden entwickeln- das Primat muss immer noch eigenverantwortli-
 484 che Lösungsstrategien sein.

485 • Eine stärkere Beteiligung ziviler Organisationen im internationalen Regierungssystem, unter anderem durch
 486 Gewährung von Beobachtungs- und Konsultationsstatus in Gremien wie dem Wirtschafts- und Sozialrat der
 487 Vereinten Nationen (ECOSOC)

488 **Ganzheitliche Europäisierung von Entwicklungszusammenarbeit anpeilen**

489 Mit dem 2017 in Kraft getretenen neuen EU-Entwicklungskonsens „Unsere Welt, Unsere Würde, Unsere Zu-
 490 kunft“ hat die europäische Staatengemeinschaft ein neues Rahmenwerk über Ziele und Maßnahmen für eine
 491 Politik nachhaltiger Entwicklung eingeführt. Dabei wird sich explizit zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, dem Pa-
 492 riser Klimaabkommen und weiteren Politikpapieren bekannt mit der Zielsetzung, bestehende Politik daran
 493 anzupassen. Gleichzeitig ist der Entwicklungskonsens ein Produkt der Kompromisse. Immer noch wird ein
 494 konventioneller Wachstumsansatz verfolgt und angepeilte Reformen sind lediglich inkrementeller Natur. Die
 495 relative Innovationslosigkeit und sehr vage Zielformulierungen zeigen mitunter, dass die EU weiterhin weder
 496 strukturelle Ungleichheitsstrukturen im

497 globalen System und der Entwicklungszusammenarbeit im Besonderen angeht noch Politikprogramme und
 498 Transformationen in Art und Umfang konzipiert, die es zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung mit 10
 499 Milliarden Menschen im Rahmen notwendiger gänzlicher Dekarbonisierung Mitte dieses Jahrhunderts zwin-
 500 gend bräuchte. Eine positive Entwicklung ist der schrittweise Abbau der EU-Agrarsubventionen nach Außen,
 501 doch der Preisdruck auf lokale Märkte wird trotzdem weiter anhalten. Denn weiterhin zeigt die europäische
 502 auswärtige Politik gravierende Schwächen und Inkonsistenzen. Im Rahmen erneuter Hungersnöte der letzten
 503 Jahre ist Europa nicht entschieden eingeschritten, mehrfach hat sich in Hochphasen dieser Krisen der Rat der
 504 EU-Entwicklungsminister ohne konkrete

505 Aktions- oder Finanzpläne aufgelöst. Zudem vergibt die EU-Kommission weiterhin nicht an Kriterien guter Re-
 506 gierungsführung geknüpfte Kredite oder Schenkungen an hochkorrupte Staaten, was Unrechtssysteme um
 507 die Menschen herum zementiert. Auch hält die EU weiterhin an menschenverachtenden Migrationsabkom-
 508 men mit Diktatoren fest und versucht auch sonst mit diversen Maßnahmen systematisch Geflüchtete zu be-
 509 kämpfen. Ein paradigmatisches Umdenken sieht anders aus.

510 Unabhängig davon birgt eine Vereinheitlichung von Entwicklungspolitik sowie gemeinsame Koordinierung von
 511 Entwicklungszusammenarbeit auf europäischer Ebene ein immenses Potential. Doch gilt es sich hier auf eine
 512 gemeinsame Strategie zu verständigen, die größere Visionen wagt und das Wohlergehen der Menschen des
 513 Globalen Südens statt nur das Eigene zum Ziel hat. Durch die aktuellen Kräfteverhältnisse im EU-Parlament
 514 und einer konservativ geführten EU-Kommission durch Ursula Von der Leyen würde eine jetzige Europäisie-
 515 rung wohl nicht zu dem dringend notwendigen Ergebnis führen. Vorläufig ist dennoch punktuelle Koordinie-
 516 rung bei bestimmten Projekten und Themenfeldern sinnvoll. Ein logisches Feld wäre hier humanitäre Hilfe.
 517 Dies auf EU-Ebene ambitioniert anzugehen würde lebensrettenden Fortschritt bedeuten!

518 Wir fordern:

519 • Die langfristige Zielsetzung einer gemeinsamen europäischen Entwicklungspolitik als ausschließlicher EU-
520 Kompetenzbereich (nach Art. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union) unter Berücksich-
521 tigung historischer bilateraler Beziehungen. Entwicklungspolitik muss sich hierbei als souveränes Politikfeld
522 mit einer integrierten Gesamtstrategie behaupten, statt im Namen von Politikkohärenz („Policy Coherence“)
523 für Flüchtlingsbekämpfung, Exportpolitik und geopolitische Interessen missbraucht zu werden.

524 • Kurz- und mittelfristig müssen Koordinierung, Kapazitätsaufbau und finanzielle Aufstockung der bestehen-
525 den EZ-Stellen und der humanitären Hilfe auf EU-Ebene verstärkt werden. Das muss unter anderem mit einer
526 institutionellen und ressourcenmäßigen Aufwertung des „European Directorate-General for International Co-
527 operation and Development“ (DEVCO) sowie dem Europäischen Amt für Zusammenarbeit („EuropeAid“) ein-
528 hergehen

529 • Den weiteren vollständigen Abbau der EU-Agrarsubventionen wie von dem Beschlusspapier des WTO-
530 Treffens 2011 in Nairobi festgelegt. Gezielte Preisfestlegungen sind eine weitere mögliche Maßnahme, um
531 Druck auf lokale Nahrungsmärkte weiter zu minimieren. In jedem Falle muss Agrardumping seitens der EU
532 aufhören!

533 • Die EU-Kommission muss Kredite und Budgethilfen wesentlich stärker konditionieren und ebenso auf Re-
534 formpartnerschaften ähnlich wie die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) setzen; mit der Unterstützung
535 Gambias nach der Präsidentschaftswahl durch die EU wurde bereits ein erster positiver Schritt unternom-
536 men

537 • Die Terminierung des EU „Notfall-Treuhandfonds zur Unterstützung der Stabilität und zur Bekämpfung der
538 Ursachen von irregulärer Migration und Vertreibung in Afrika“, oder aber ihn so zu transformieren, dass er
539 tatsächlich das macht, was der Name meint, statt mit ihm Grenzschutzmaßnahmen oder Autokraten für die
540 Zurückhaltung von Flüchtlingen zu bezahlen

541 **Auf nationaler Ebene: Deutschlands neue Rolle in der Weltinnenpolitik**

542 Wir sehen, dass auf vielen Orten der Welt Menschenleben akut in Gefahr sind – Armut, Klimawandel und allge-
543 meiner Willkür äußerer Umstände ausgesetzt – und es damit allerhöchste Zeit ist, ambitionierte wie konkrete
544 Lösungen voranzubringen. Es ist hier politische Initiative und ein kohärenter Lösungsansatz im Rahmen um-
545 fassender Transformationen wie eingangs gefordert gefragt, hinter dem sich die internationale

546 Gemeinschaft auch versammeln kann, um nachhaltige Entwicklung für Alle noch zu ermöglichen. Dabei kann
547 Deutschland Kraft seiner Position im internationalen System in Bereichen globaler Zukunftsfragen als Vorrei-
548 ter, Vorbild, Mediator und Gestalter eine Führungsrolle agieren und damit Lösungen entscheidend voranbrin-
549 gen.

550 Wir fordern:

551 • Deutschland muss sich aus seiner langwährenden außenpolitischen Zurückhaltung endlich emanzipieren
552 und Kraft seines internationalen Einflusses („Soft Power“) zu einer genuinen Gestaltungsmacht in der europäi-
553 schen und globalen Politik werden. Dabei müssen sich Leitziele nicht über eng definierte wirtschaftliche und
554 geopolitische Interessen, sondern konsequent über das Globale Gemeinwohl („Globale Öffentliche Güter“)
555 definieren („Dienende Führung“). Kerngebiete müssen dabei vor allem Klimaschutz und Klimagerechtigkeit,
556 effektive Armutsbekämpfung, nachhaltige Urbanisierung und Multilateralismus sein

557 • Deutschland muss besonders seine Rolle im globalen Klimaschutz wesentlich ambitionierter wahrnehmen
558 und eine tatsächliche Vorbildrolle für andere Länder

559 einnehmen. So müssen statt eines „inkrementalistischen Klimaschutzpäckchens“ der Großen Koalition drin-
560 gend transformative Politiklösungen wie eingangs gefordert her!

561 • Das seit 1970 geforderte Ziel, 0,7 Prozent des BIP für Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden endlich
562 zu erreichen. Indes muss eingesehen werden, dass dies nicht das einzige Richtmaß sein kann und bloß einen
563 Bestandteil einer notwendigen neuen internationalen Entwicklungszusammenarbeit darstellt! Kommerziali-
564 sierung von Entwicklungszusammenarbeit rückgängig machen. Unter FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel
565 wurden die „Deutsche Gesellschaft für

566 Technische Zusammenarbeit“, die „Internationale Weiterbildung und Entwicklung GmbH“ und der „Deutsche
 567 Entwicklungsdienst“ im Jahre 2011 zur „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH“ (GIZ) fusio-
 568 niert. Während eine Zusammenlegung sinnvoll war, ist die GIZ eine gewinnorientierte GmbH, welche mitun-
 569 ter deutsche Unternehmen für Investitionen im Globalen Süden berät und unterstützt. Grundlegend werden
 570 verstärkte Investitionen der Privatwirtschaft ohnehin Folge guter Regierungsführung und gelingender Ent-
 571 wicklung sein, welche dann verstärkt die Voraussetzungen wie erfolgreiche Gewerbeanmeldung und verläss-
 572 liche Umweltbedingungen schaffen. In dieser Phase sind allerdings der öffentliche Sektor und konventionelle
 573 Entwicklungszusammenarbeit ausschlaggebend. Wirtschaftspartnerschaften können in Ländern mit richtigen
 574 Ausgangsvoraussetzungen durchaus sinnvoll und zielführend sein, allerdings nur wenn die Bevölkerung des
 575 Ziellandes auch wirklich direkt davon profitiert.

576 Wir fordern:

577 • Entwicklungspolitik nicht zur Außenwirtschafts- und Exportpolitik zu degradieren!

578 • Die GIZ muss bestmöglich gelingende nachhaltige Entwicklung für die Menschen, nicht Gewinne für sich oder
 579 die deutsche Wirtschaft verfolgen. Bestehende und geplante Initiativen müssen alleinig unter Kriterien der
 580 Wirksamkeit in Bezug auf nachhaltige Entwicklung konzipiert werden, wobei die folglich niedrigere Rentabilität
 581 über ein höheres BMZ Budget für Implementierungsorganisationen kompensiert werden soll

582 • Die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit GmbH in eine dem BMZ unterstellten Anstalt des öffent-
 583 lichen Rechts umzuwandeln

584 • Massiven Kapazitätsaufbau der GIZ gerade in Bezug auf Projekte und Politikforschung im Zusammenhang
 585 mit Sub-Sahara Afrika und Süd-Asien

586 • Keine Investitionsabsicherung für Firmen aus dem Entwicklungsbudget zu betreiben!

587 Es müssen prioritär eigene Entwicklungsprojekte und besonders auch effektive Hilfsorganisationen unter-
 588 stützt werden. Nur wenn keine Finanzierungskonflikte mit

589 diesen Bereichen auftreten ist eine öffentliche Investitionsabsicherung überhaupt tragbar.

590 **Neuausrichtung der Ministerien für eine kohärente und solidarische Auswärtige Politik**

591 In einer zunehmend globalisierten Welt, wo Probleme hochgradig interdependent und komplex sind („wicked
 592 problems“), müssen Politikprogramme und -maßnahmen notwendigerweise kohärent und koordiniert sein,
 593 um ihnen gewachsen zu sein – international wie national. Vom aktuellen Ausgangspunkt teils starrer und an-
 594 tiquierter Strukturen in vielen bundesdeutschen Ministerien ist das allerdings nicht zu machen. Anpassungen
 595 an sowohl die neuen globalen Rahmenbedingungen und komplexeren Herausforderungen sind so mehr als
 596 überfällig. Dafür muss einerseits Organisation innerhalb der Ministerien und andererseits Kooperationen zwi-
 597 schen denselben neu ausgerichtet werden.

598 Wir fordern:

599 • Die stärkere Vernetzung besonders zwischen dem BMZ, Auswärtigem Amt (AA), Verteidigungsministerium
 600 (BMVg) sowie für internationale Aufgaben zuständige

601 Referate im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bundesministerium für Ernährung und
 602 Landwirtschaft (BMEL) sowie dem Bundesministerium für Umwelt (BMU) durch Personalrotation, gemeinsame
 603 Diskussionsveranstaltungen und themenübergreifende Projekte. Gerade im Bereich ziviler Krisenprävention
 604 müssen Bemühungen stärker koordiniert werden

605 • Die bestehenden hierarchischen Silostrukturen der Bundesministerien auf ein breiter aufgestelltes Organi-
 606 sationssystem mit egalitärerer und integrativerer

607 Entscheidungsfindung zu erweitern (Stabliniensystem). Ferner sollen zur Bearbeitung interdisziplinärer Fra-
 608 gestellungen innerhalb und zwischen Ressorts bestehende Fachexpertisen stärker gebündelt und für unter-
 609 schiedliche Projekte jeweils direkt miteinander in Austausch gestellt werden (Matrixsystem). Besonders im
 610 Auswärtigem Amt müssen Hierarchie- und Silodenken überwunden und kritisches Denken honoriert wer-
 611 den

- 612 • Die Einsetzung von unabhängigen Evaluationsteams in den oben genannten Ressorts, welche die allgemei-
613 ne Zusammenarbeit und übergreifende Politikkohärenz zwischen den einzelnen Ministerien kontinuierlich
614 beurteilen und daraus detaillierte organisatorische und politikbezogene Verbesserungsvorschläge erarbei-
615 ten
- 616 • Vor-Ort-Planung bilateraler Projekte des BMZ nach Möglichkeit in die jeweilige Botschaft des Auswärtigen
617 Amts zu integrieren
- 618 • Den Abbau der strukturell dominanten Stellung von Territorialreferaten im BMZ. Dessen Politikansätze, -
619 programme und -strategien müssen sich im Dialog von regionaler und fachlicher Expertise mit übergreifendem
620 Zielwissen entwickeln
- 621 • Das zurückfahren von Sonderinitiativen des BMZ auf ein Maß, in welchem reguläre Entwicklungsprojekte der
622 Implementierungsinstitutionen nicht ausgebremst werden
- 623 • Die Erschaffung eines Referates für kommunale Entwicklungspartnerschaften im BMZ, um Kooperationen
624 zwischen deutschen Kommunen mit Pendanten des globalen Südens zu organisieren. Durch solche Partner-
625 schaften können Wissenstransfers in Gang gesetzt werden, um die Eigeninitiative des Globalen Südens zu stär-
626 ke.

G Gleichstellung, Familie und Gesundheit

G Gleichstellung, Familie und Gesundheit

G-1	Neunkirchen	Den Straßenverkehr für alle sicher machen!	41
G-2	Saarpfalz	Kostenübernahme für das ärztliche Attest vor Erstaufnahme in Kindertagesstätten durch die Gesetzlichen Krankenkassen	42
G-3	St. Wendel	Sichere und würdevolle Geburten im Saarland garantieren	43

G-1

Titel Den Straßenverkehr für alle sicher machen!

AntragstellerInnen Neunkirchen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Den Straßenverkehr für alle sicher machen!

- 1 Die Landeskonzferenz der Jusos Saar fordert, dass zukünftig nur noch Automodelle mit Sicherheitssystemen
2 zugelassen werden, die auch mit Crashtestdummies überprüft wurden, die dem weiblichen Körper nachemp-
3 funden sind.
- 4 Das Auto ist immer noch eines der meist genutzten Verkehrsmittel. Es wird von Männern wie Frauen* glei-
5 chermaßen genutzt. Seit der Einführung der Sicherheitsgurtpflicht wurden die Sicherheitssysteme stetig ver-
6 bessert. Heute erkennt die Technik in neuen Modellen selbstständig, ob die Fahrbahn verlassen wird und lenkt
7 leicht zurück, ohne, dass der*die Fahrer*in eingreifen muss. Das suggeriert ein sicheres Fahrgefühl. Dennoch
8 gibt es geschlechterspezifische Unterschiede bei der Sicherheit von Autos. Die häufigste Verletzung bei Auto-
9 unfällen ist das Schleudertrauma. Dem versuchte man in den 1990er Jahren entgegenzuwirken, indem man
10 aktive Nackenstützen in Autos verbaute. Diese sollten die empfindliche Nackenpartie besser schützen und den
11 Schleudereffekt bei Autounfällen abfedern. Nach 10 Jahren fiel bei der Auswertung von Versicherungsdaten
12 aber auf, dass die Anzahl der Verletzungen nur bei Männern zurückgegangen waren. Das Verletzungsrisiko von
13 Frauen* blieb unverändert hoch. Das lag daran, dass die aktiven Nackenstützen nur an dem Bau eines durch-
14 schnittlichen Männerkörpers orientiert waren. Dieser ist 1,70 m groß und wiegt 70 kg. Der Körperbau einer
15 durchschnittlichen erwachsenen Frau* unterscheidet sich jedoch signifikant von dem eines durchschnittlichen
16 erwachsenen Mannes. Der durchschnittliche weibliche Körperbau zeichnet sich unter anderem durch breite-
17 re Hüften und einen anderen Bau des Brustkorbs aus. Das führt schon beim Anlegen des Sicherheitsgurtes
18 zu Unterschieden. Frauen* haben heute noch ein um 70% höheres Risiko bei Autounfällen schwer verletzt zu
19 werden als Männer. Hinzu kommt, dass für Frauen* das Sterberisiko bei Autounfällen um 17% höher ist als für
20 Männer. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Sicherheitssysteme von Autos nur mit Crashtestdummies ge-
21 testet werden, die am männlichen Körperbau orientiert sind. Es gibt zwar mittlerweile eine Crashtestdumme-
22 Familie, aber der weibliche Crashtestdumme ist eine kleinere Version des männlichen Crashtestdummies.
23 Dieser kleinere Crashtestdumme entspricht nicht einem durchschnittlichen erwachsenen weiblichen Körper,
24 sondern dem einer heranwachsenden Jugendlichen.
- 25 Das Ziel, Autofahren auch für Frauen* sicherer zu machen, wird damit verfehlt. Das Ziel kann nur erreicht wer-
26 den, wenn die Autohersteller*innen verpflichtet werden, ihre Sicherheitssysteme auch an dem durchschnitt-
27 lichen weiblichen Körperbau nachempfundenen Crashtestdummies zu testen.

G-2

Titel Kostenübernahme für das ärztliche Attest vor Erstaufnahme in Kindertagesstätten durch die Gesetzlichen Krankenkassen

AntragstellerInnen Saarpfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen mit Änderungen angenommen abgelehnt

Kostenübernahme für das ärztliche Attest vor Erstaufnahme in Kindertagesstätten durch die Gesetzlichen Krankenkassen

- 1 Das saarländische Kinderbetreuungs- und bildungsgesetz (SKBBG) ermächtigt das Ministerium für Bildung in
 2 Absprache mit dem Gesundheitsministerium vor der Aufnahme in einer Kindertageseinrichtung bei Kindern
 3 eine ärztliche Untersuchung mit besonderem Fokus auf die Überprüfung der Komplettierung eines alters-
 4 entsprechenden Impfschutzes anzuordnen. Der überwiegende Teil der saarländischen Kinderbetreuungsein-
 5 richtungen fordert aktuell vor Erstaufnahme ein entsprechendes ärztliches Attest ein. Ähnliche Regelungen
 6 existieren bundesweit.
- 7 Das ärztliche Attest kann jedoch nicht zu Lasten der Gesetzlichen Krankenkassen ausgestellt werden. Eltern
 8 gesetzlich krankenversicherter Kinder müssen die Kosten für die ärztliche Leistung selbst erbringen. Diese
 9 belaufen sich im Saarland auf ca. 25€ (inklusive Untersuchung und Beratung).
- 10 Als Jungsozialist*innen möchten wir eine Bildungspolitik, die es jeder Person ermöglicht, unabhängig von der
 11 Herkunft und vom Einkommen der Eltern, eine umfassende und sozial inklusive Bildung zu erhalten. Elemen-
 12 tarer Bestandteil unseres Bildungssystems sind die vielen verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen wie
 13 z.B. Kindergärten. Hierbei dürfen den Kindern und den Eltern keine finanziellen Hürden in den Weg gelegt wer-
 14 den. Insbesondere für einkommensschwache Familien stellt diese Erstuntersuchung eine große Hürde dar.
 15 Dabei spielen Einrichtungen wie Kindergärten und Grippen eine entscheidende Rolle bei der motorischen,
 16 sozialen und sprachlichen Entwicklung von Kindern.
- 17 Die Jusos Saar fordern daher:
- 18 Die ärztliche Untersuchung vor der Erstaufnahme in Einrichtungen der Kinderbetreuung soll aufgrund der
 19 besonderen Stellung in Hinblick auf die kindliche Entwicklung und Spracherwerb von der Solidargemein-
 20 schaft gemeinschaftlich getragen werden und Teil des Leistungskatalogs der Gesetzlichen Krankenkassen wer-
 21 den.

G-3

Titel Sichere und würdevolle Geburten im Saarland garantieren

AntragstellerInnen St. Wendel

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sichere und würdevolle Geburten im Saarland garantieren

1 Das Wunder der Geburt. Der Tag, an dem das eigene Kind auf die Welt kommt. Dieser Tag sollte für jede Mutter
2 und jeden Vater der schönste Tag im Leben sein. Gegenwärtig gilt das in zu vielen Fällen jedoch nicht. Für zu
3 viele Mütter und Väter ist diese Erfahrung nicht von unglaublich großem Glück, sondern von Angst, Schmerz
4 und quälender Ungewissheit geprägt.

5 Im Jahr 2020 sind im Saarland 9190 Kinder geboren worden. Davon 5131 durch eine Spontangeburt. 943 durch
6 einen vaginal operativen Eingriff, wie einen Saugglocken- oder Zangeneinsatz und ganze 3074 durch einen
7 Kaiserschnitt. Über 33% der Kinder im Saarland kommen durch eine Bauchhöhlenoperation mit vielen poten-
8 ziellen Komplikationen zur Welt. Das Saarland ist damit hinter Bayern Spitzenreiter im Bundesvergleich. Als
9 normal und gesund gilt eine Kaiserschnitttrate von 10-15%.

10 Aber woran liegt es, dass so häufig zur drastischen Maßnahme eines Kaiserschnitts gegriffen wird? Die Gründe
11 dafür sind unterschiedlich. Ein Teil der Kaiserschnitte wird von den Eltern bereits im Vorfeld selbst gewünscht.
12 Eine große Rolle spielt hierbei die Angst vor einer schmerzhaften, womöglich traumatischen Geburt oder von
13 Komplikationen unter der Geburt. An dieser Stelle müssen die werdenden Eltern umfassend über den Vorgang
14 der Geburt aufgeklärt werden, um diesen Ängsten entgegen zu wirken. Die Chancen und Risiken einer physio-
15 logischen Geburt müssen für jeden Fall individuell mit den Eltern besprochen und verständlich erklärt werden,
16 um ihnen eine differenzierte Entscheidung zu ermöglichen. Dieser Vorgang ist in den S3- Leitlinien für sichere
17 Geburten dargelegt, wird aber häufig nicht befolgt. Oftmals wird von Ärzten und Kliniken schon im Vorfeld ein
18 Kaiserschnitt empfohlen, obwohl keine medizinischen Risiken vorliegen. Als Begründung wird dann zum Bei-
19 spiel die Übergröße des Kindes genannt. Die Eltern willigen aus Sorge um Kind und Mutter ein und halten am
20 Ende ein 3,5 kg schweres und 50cm großes Kind in den Armen, was eine völlig normale Größe ist. Die Mutter
21 steht jetzt oftmals einer langen und schmerzhaften Genesungszeit gegenüber, von den Komplikationen eines
22 Kaiserschnitts, wie inneren Blutungen, einmal abgesehen. Diese gezielte Beratung hin zu Kaiserschnitten wird
23 oft nicht aus medizinischen, sondern aus organisatorischen und finanziellen Gründen betrieben. Ein geplanter
24 Kaiserschnitt ist eine Operation, die in den Klinikalltag eingeplant werden kann, für die kein Personal aus der
25 Bereitschaft geholt werden muss. Hinzu kommt die Tatsache, dass für eine Spontangeburt ohne Interventionen
26 viel weniger berechnet werden kann als für einen Kaiserschnitt. Aber Gesundheit ist keine Ware, dieses
27 Vorgehen ist nicht sicher und nicht würdevoll.

28 Eine weitere Erklärung für die hohe Kaiserschnitttrate liegt auch in der mangelnden Betreuung der Frauen unter
29 der Geburt. Eine Hebamme auf der Entbindungsstation betreut im Schnitt 3 bis 4 Geburten gleichzeitig. Die
30 werdenden Eltern verbringen die meiste Zeit des Geburtsvorganges alleine auf dem Zimmer. Es ist schlichtweg
31 unmöglich für sie Komplikationen zu erkennen. Dies führt dazu, dass kritische Situationen für Mutter und Kind
32 viel zu spät durch das medizinische Personal erkannt und abgewendet werden können. In den meisten Fällen
33 bleibt nur noch eine Kaskade medizinischer Interventionen, um Mutter und Kind vor Schaden zu bewahren,
34 oftmals eben auch der Notkaiserschnitt.

35 Vielen Müttern und Kindern könnte die enorme gesundheitliche Belastung dieser Operation erspart werden,
36 wenn es mehr Hebammen auf den Geburtsstationen gäbe. Die Hebammen können ihrer wichtigen Arbeit auf
37 Grund der hohen Belastung nicht richtig nachgehen und ziehen sich deshalb aus der Geburtshilfe zurück.
38 Hinzu kommt die unangemessen niedrige Bezahlung für diese existenzielle Arbeit, die Belastung durch Ruf-
39 und Bereitschaftsdienste, sowie die fachfremden Tätigkeiten wie Putzen und Dokumentieren, die immer mehr
40 Zeit in Anspruch nehmen.

41 Diese Arbeitsbedingungen sind nicht würdevoll. Daran müssen wir dringend etwas ändern, um unsere Heb-
42 ammen für die Geburtshilfe zurück zu gewinnen. Wir sind die Mütter und Väter der Zukunft. Unsere Kinder
43 sollen sicher und würdevoll geboren werden. Daher fordern wir:

44 -Den Erhalt und Ausbau der flächendeckenden Hebammenversorgung für eine garantierte 1:1 Betreuung der
45 Frauen während der gesamten Geburt, auch bei stillen Geburten

46 -Angemessene und faire Bezahlung von Geburtshelfer*innen

47 -Entlastung der Hebammen bei fachfremden Tätigkeiten

48 -Eingehende Beratung zu Chancen und Risiken von Kaiserschnitten

49 -Konsequente Einhaltung der S3 Leitlinien für sichere Geburten

50 -Die Verhinderung des weiteren Stellenabbaus im Kreissaal durch eine strikte Personaluntergrenze

51 Quellen:

52 Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.): Nationales Gesundheitsziel: Gesundheit rund um die Geburt
53 2017. [https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Gesundheit/Bro-](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Gesundheit/Broschueren/Nationales_Gesundheitsziel_Gesundheit_rund_um_die_Geburt.pdf)
54 [schueren/Nationales_Gesundheitsziel_Gesundheit_rund_um_die_Geburt.pdf](https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/5_Publikationen/Gesundheit/Broschueren/Nationales_Gesundheitsziel_Gesundheit_rund_um_die_Geburt.pdf). (05.09.2021)

55 [https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/investigative/details/news/erste-s3-](https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/investigative/details/news/erste-s3-leitlinie-kaiserschnitt-hintergrund-und-regionale-datenanalyse/)
56 [leitlinie-kaiserschnitt-hintergrund-und-regionale-datenanalyse/](https://www.sciencemediacenter.de/alle-angebote/investigative/details/news/erste-s3-leitlinie-kaiserschnitt-hintergrund-und-regionale-datenanalyse/)(10.09.2021)

57 S3 Leitlinie Vaginale Geburt am Termin (2021); [https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-](https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-083l_S3_Vaginale-Geburt-am-Termin_2021-03.pdf)
58 [083l_S3_Vaginale-Geburt-am-Termin_2021-03.pdf](https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-083l_S3_Vaginale-Geburt-am-Termin_2021-03.pdf). (05.09.2021)

59 S3 Leitlinie Sectio caesarea (2020); [https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-](https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-084l_S3_Sectio-caesarea_2020-06_1_02.pdf)
60 [084l_S3_Sectio-caesarea_2020-06_1_02.pdf](https://www.awmf.org/uploads/tx_szleitlinien/015-084l_S3_Sectio-caesarea_2020-06_1_02.pdf) (04.09.2021)

I Internationales

I Internationales

I-1	Saarpfalz	Patente für Medikamente und Impfstoffe während einer Pandemie freigeben	46
I-2	Saarbrücken-Land	Arzneimittel-Lizenzen	48
I-3	Landesvorstand	Europa. Hier und jetzt 2022 – 2027 Resolution der Saar Jusos	49

I-1

Titel Patente für Medikamente und Impfstoffe während einer Pandemie freigeben

AntragstellerInnen Saarpfalz

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Patente für Medikamente und Impfstoffe während einer Pandemie freigeben

- 1 Die durch den Virus SARS-CoV-2 ausgelöste Corona-Pandemie stellt nicht nur die bisher größte weltweite ge-
 2 sundheitliche Krise des 21. Jahrhunderts dar, sie führt uns auch wieder vor Augen, wie ungerecht nachwievor
 3 lebensnotwendige medizinische und gesundheitliche Ressourcen weltweit verteilt sind.
- 4 Während die ersten Industrienationen wie Dänemark durch eine hohe Impfquote langsam die Beschränkun-
 5 gen des öffentlichen Lebens aufheben und allmählich zur gesellschaftlichen Normalität zurückkehren, sind
 6 andere Länder wie Haiti und die Demokratische Republik Kongo mit einer aktuellen Impfquote von weniger
 7 als 0,5% (voller Impfschutz, Stand 06.09.2021) kaum gegen die Auswirkungen dieser Pandemie geschützt. Aus-
 8 schlaggebend für diese Diskrepanz ist vor allem die ungerechte Verfügbarkeit und Verteilung von Impfstoffen.
 9 Während die reichen Industrienationen und einige Schwellenländer die Impfstoff Kontingente der Pharma-
 10 unternehmen ohne Rücksicht auf die restliche Weltbevölkerung bis hinein in das Jahr 2023 aufgekauft haben,
 11 sind die meisten Entwicklungsländer nicht in der Lage den Impfschutz ihrer Bevölkerung für die nächsten Jahre
 12 zu gewährleisten. Sie sind entweder abhängig von den Impfspenden anderer Länder oder werden sogar Opfer
 13 der geopolitischen Spiele anderer Nationen. Als Konsequenz werden diese Länder auch in den nächsten Jahren
 14 die verheerenden sozialen, wirtschaftlichen und menschenrechtlichen Folgen der Pandemie spüren.
- 15 Initiativen um eine gerechte und faire Verteilung von Impfstoffen weltweit zu gewährleisten, wurden bisher
 16 von den wohlhabenden Ländern verhindert. So verhindern die Europäische Kommission und die deutsche
 17 Bundesregierung weiterhin einen Vorstoß Indiens und Südafrikas in der WTO (Welthandelsorganisation) die
 18 Patente auf Corona Impfstoffe auszusetzen und somit anderen Ländern die Möglichkeit zu bieten, mehr eta-
 19 blierte Impfstoffe zu produzieren.
- 20 Wirtschaftliche Interessen dürfen niemals die Bekämpfung der aktuellen Corona Pandemie und auch aller
 21 zukünftigen Pandemien und medizinischen Krisen behindern. Als Mitglieder einer internationalistischen Or-
 22 ganisation wissen wir, dass soziale Gerechtigkeit keine nationalen Grenzen kennt.
- 23 Deshalb fordern wir Jusos Saar:
- 24 Die SPD unterstützt als Teil einer zukünftigen Bundesregierung die aktuelle Initiative Indiens und Südafrikas
 25 in der Welthandelsorganisation und fördert deren Bestreben, die Patente für COVID-19 Impfungen aufzuhe-
 26 ben.
- 27 Das TRIPS Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) über handelsbezogene Aspekte
 28 der Rechte des geistigen Eigentums, welches auf internationaler Ebene die Durchsetzung von Patenten, Urhe-
 29 berrechten und Schutzrechten regelt, muss reformiert werden. Während eines pandemischen Infektionsge-
 30 schehens, welches durch die WHO (Weltgesundheitsorganisation) ausgerufen wird, muss das TRIPS Abkom-
 31 men für die Bereiche, die für die Entwicklung von Impfstoffen, Medikamenten, Diagnostika, weiteren Schutz-
 32 materialien und medizinischen Gerätschaften notwendig sind, für die Dauer der Pandemie ausgesetzt wer-
 33 den.

- 34 Der Bundestag schafft zukünftig die Rahmenbedingungen dafür, dass alle in Deutschland entwickelten Me-
35 dikamente und Impfstoffe in einer Pandemie weltweit durch die Vergabe von Lizenzen und Aufhebung des
36 Patentschutzes, hergestellt werden können.

I-2

Titel Arzneimittel-Lizenzen

AntragstellerInnen Saarbrücken-Land

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Arzneimittel-Lizenzen

- 1 Patente dienen dazu geistiges Gut zu schützen. Dies ist auch gut so, denn so können Firmen und auch Privat-
 2 personen ihren Lebensunterhalt mit ihren Entdeckungen decken. Dies gilt auch für Arzneimittel, also Stoffe
 3 oder Zubereitungen aus Stoffen, die zur Anwendung im oder am menschlichen oder tierischen Körper be-
 4 stimmt sind und als Mittel mit Eigenschaften zur Heilung oder Linderung oder zur Verhütung menschlicher
 5 oder tierischer Krankheiten oder krankhafter Beschwerden bestimmt sind oder die im oder am menschlichen
 6 oder tierischen Körper angewendet oder einem Menschen oder einem Tier verabreicht werden können, um
 7 entweder die physiologischen Funktionen durch eine pharmakologische, immunologische oder metabolische
 8 Wirkung wiederherzustellen, zu korrigieren oder zu beeinflussen oder eine medizinische Diagnose zu erstellen
 9 (§ 2 Absatz 1 AMG).
- 10 Doch damit lässt sich nur schwer Geld mitverdienen. Gerade deswegen ist die Investitionslast aus privater
 11 Hand dahinter nicht sehr groß und es werden vorwiegend staatliche Steuereinnahmen dafür verschlungen.
 12 Interessanter weise stehen die Patente dennoch in den meisten Fällen den Firmen zu, welche diese Arznei-
 13 mittel auf Kosten des Staates entwickelt haben. Die Firmen können also bestimmen wem sie die Lizenzen
 14 für die Herstellung und Weiterentwicklung des Arzneimittels erteilen. Vorwiegend müssen sich diese Lizenzen
 15 eben teuer erkaufte werden oder sind nur auf bestimmte Regionen begrenzt. Diese Patente gelten weltweit
 16 einheitlich 20 Jahre, danach sind sie Lizenzfrei.
- 17 Die Corona Pandemie hat gezeigt, dass diese Patente die Produktionslast eben stark einschränken. Es wird
 18 immer noch darüber debattiert Zwangslizenzen zu erteilen, damit die weltweite Nachfrage an Impfstoffen
 19 besser und vor allem schneller gedeckt werden kann. Dabei muss immer wieder betont werden, dass eben jene
 20 Verzögerungen für den Tod von Menschen sorgt. Tode, die hätten verhindert werden können. In 20 Jahren ist
 21 es dafür zu spät. Die Produktion der Impfstoffe muss JETZT angekurbelt werden. Und dazu benötigt es eben der
 22 Lizenzen für die Stoffe. Mit der Gesundheit von Menschen und anderen Lebewesen darf nicht gewinnorientiert
 23 gehandelt werden.
- 24 Als oberste Priorität hat immer die Gesundheit zu stehen.
- 25 **Forderungen:**
- 26 • Deutschland setzt sich dafür ein dass die Lizenzen für die Corona-Impfungen weltweit kostenfrei frei-
 27 gegeben werden
 - 28 • Deutschland investiert nur unter der Voraussetzung in Arzneimittelforschung, dass die Nutzung aller Patente,
 29 die in Verbindung zum fertig entwickelten Arzneimittel stehen, lizenzfrei gemacht wird, in die Forschung und
 30 Entwicklung von Arzneimitteln.

I-3

Titel Europa. Hier und jetzt 2022 – 2027 Resolution der Saar Jusos

AntragstellerInnen Landesvorstand

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Europa. Hier und jetzt 2022 – 2027 Resolution der Saar Jusos

1 Präambel

2 Als vor 71 Jahren die Grundsteine der europäischen Einigung gelegt wurden, enthielten sie Versprechen: So-
3 lidarität, die Zusammenlegung von Interessen, Wohlstand für alle, nie wieder Krieg und der Beginn einer
4 sharing-economy, die für alle offen steht. Gemeinsames Produzieren, Handeln und Wirtschaften unter der
5 Aufsicht einer unabhängigen Behörde, die sowohl den Schutz der Arbeitenden garantieren, als auch den Wett-
6 bewerb zwischen den Staaten minimieren soll, stehen klar im Vordergrund. Die Grundsteine sollen das Funda-
7 ment einer europäischen Föderation bilden, in denen die Grundsätze von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
8 fest verbaut sind.

9 Der Kampf um die Zukunft des gemeinsamen Traums von Europas ist eine Aufgabe, die uns enorm viel ab-
10 verlangt. Die unterschiedlichen Krisen seit 2007 – seien es die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen
11 der geplatzten Immobilienblase in den USA, die Rückkehr des Kriegs in Europa (Ukraine-Konflikt), der Brexit
12 und seine Folgen, die Herausforderungen der globalen Fluchtbewegungen und die anhaltende Klimakrise
13 – haben das Fundament der politischen Zusammenarbeit nachhaltig erodieren lassen. In vielen Staaten der
14 Europäischen Union sind in den vergangenen Jahren zudem autoritäre, rassistische und demokratiefeindliche
15 Bewegungen erstarkt, die den Nachkriegskonsens der europäischen Integration in Frage stellen. Die damaligen
16 Versprechen konnten nicht eingehalten werden. Insbesondere gegenüber der jungen Generation. Noch immer
17 sind Millionen junger Menschen unter 25 Jahren arbeitslos. Noch immer werden Menschen unterschiedlich be-
18 handeln. Noch immer genießen Waren und Kapital größere Freiheiten als Menschen und Arbeit. Spätestens
19 durch die Corona-Pandemie wurde dieser Umstand besonders deutlich, als im vergangenen Jahr Grenzen zu
20 unseren engsten Nachbarn geschlossen und die Beziehung zu unseren engen Freund*innen belastet wurden.
21 Der Traum hat nichts von seiner Leuchtkraft verloren – doch das Fundament hat Risse durch die Krisen der
22 Vergangenheit bekommen. Mit neuem Mut und Kraft können wir das Fundament neu stärken und die Risse
23 schließen. Es ist jetzt an der Zeit Europa zu gestalten.

24 Die Großregion im europäischen Einigungsprozess

25 Das Saarland und die Großregion waren Dreh- und Angelpunkt des europäischen Einigungsprozesses.

26 Heute muss die Großregion ihrer Selbstbezeichnung als "Modellregion Europas" gerecht werden. Die Schlie-
27 ßung der Grenzen hat gezeigt, dass Europa vor Ort stattfindet, nicht in Berlin, Paris oder Brüssel. Der Aache-
28 ner Vertrag bietet die Chance für neuen Schub für den deutsch-französischen Motor. Aber bilaterale Verträge
29 und Abkommen sind nicht der Kern der europäischen Idee. Es sind multi- und supranationale Abkommen,
30 die grundsätzlich allen offen stehen. Wir brauchen einen Vertrag der Großregion, der die Möglichkeiten und
31 Werkzeuge des Aachener Vertrages auf die Großregion überträgt.

32 Vor mehr als 70 Jahren waren Kohle- und Stahl maßgeblich für die Regionen. Sie waren der Motor des Fort-
33 schritts. Durch die Zusammenlegung entstand die nötige Kraft um gemeinsam voran zu schreiten und die

34 gegenseitige Zerstörung, wie im zweiten Weltkrieg, zu verhindern.

35 Heute braucht es einen neuen Schuman-Plan. Energie- und Verkehr sind der Motor des Fortschritts, sie können
36 Antworten im Kampf gegen den Klimawandel geben und sie haben die Kraft, den europäischen Kontinent
37 fester und stärker zu vereinen.

38 Ein neuer Schuman-Plan für die Großregion muss den grenzüberschreitende Ausbau von erneuerbarer Ener-
39 gie, die Energieversorgung und Energieverteilung gemeinschaftlich regeln. Dazu zählt auch die aktive Vorbe-
40 reitung der grenzüberschreitende Wasserstoffwirtschaft, Digitalwirtschaft und K.I. Forschung.

41 Hauptproblem des grenzüberschreitenden Verkehrs sind die Kosten und die Kompetenzen. Daher fordern wir
42 die Schaffung der "Verkehrsbetriebe der Großregion", die den Bau und den Betrieb einer neuen Ringbahn, die
43 die Städte Metz, Saarbrücken, Kaiserslautern, Trier und Luxemburg miteinander verbindet.

44 Daran anknüpfend fordern wir ein gemeinsames Ticketsystem für die gemeinsamen und grenzüberschreiten-
45 den Verkehr. Denn gerade die Studierenden der Universität der Großregion sind auf eine gute Verkehrsanbin-
46 dung und Vernetzung innerhalb der Großregion angewiesen. Aber nicht nur die. Auch aus arbeits-, wirtschafts-
47 und tourismuspolitischer Perspektive ist eine grenzüberschreitender öffentlicher Nahverkehr hilfreich. Kapital
48 und Waren können problemlos Grenzen und Regionen überqueren. Anders sieht es bei Arbeiter:innen aus.
49 Sie unterliegen oft unterschiedlichen nationalen Regelungen und Hlndernissen. Für eine soziale Arbeitsmarkt-
50 politik in der Großregion braucht es ein gemeinsames Statut für soziale- und tarifliche Standards in der Groß-
51 region. Wir fordern ein "Fairer-Lohn-Gesetz der Großregion", um die Menschen und nicht die Unternehmen in
52 unserer Großregion in den Mittelpunkt zu stellen.

53 Steuern und Steuerpolitik sind essentiell für nationale Politik aber auch der Faktor, der den europäischen
54 Einigungsprozess mit am stärksten behindert. Die bilateralen Abkommen zwischen Deutschland-Frankreich
55 und Deutschland-Luxembourg (Grenzgänger-Statut), werden den realen Anforderungen des Arbeitsmarkts
56 der Großregion nicht gerecht. Das Saarland muss mit seinen Nachbarländern auf eine Änderung drängen. Wir
57 brauchen ein Grenzgänger-Statut der Großregion, dass sich nicht auf den aktuellen 30km Radius beschränkt,
58 sondern die Großregion als Lebens- und Arbeitsraum in Gänze versteht.

59 Daran anknüpfend müssen auch die Regeln der Tele-/Heimarbeit angepasst werden. Die Corona-Pandemie
60 hat gezeigt, dass für das Arbeiten in Luxemburg oder Frankreich nicht unbedingt die Anwesenheit und die
61 Hinfahrt erforderlich ist. Die bisherige Regelung muss erweitert werden, sodass mindestens 52 Tage im Jahr,
62 lieber noch 100 Tage Tele-/Heimarbeit, problemlos möglich sein können. Diese Regelung muss für die gesamte
63 Großregion gelten.

64 **Menschen/Öffentlichkeit/Identität/Zusammenhalt**

65 Jedes nationale Politikfeld und jede nationale Politik muss an den Auswirkungen auf die Menschen in Groß-
66 region gemessen werden. Dafür braucht es eine gemeinsame Behörde. Der EVTZ SaarMoselle kann zu einer
67 solche Behörde umgeformt werden und durch die Einbindung Luxembourgs erweitert werden. Gleichzeitig
68 muss die Task-Force Grenzgänger an diese Behörde angegliedert werden um einerseits ihre Finanzierung zu
69 sichern und andererseits ihre Aufgaben vollumfänglich ausüben zu können. In einem ersten Schritt kann das
70 Saarland hier mit gutem Beispiel vorangehen.

71 Das Saarland sollte mit seinen Partner außerdem darauf drängen, den European-Cross-Border-Mechanism
72 auf europäischer Ebene umzusetzen.

73 Ein politisches Konstrukt wie die Großregion braucht auch eine gemeinsame und grenzüberschreitende Öff-
74 fentlichkeit. Die Schaffung von "Europäischen Vereinen" im Ganzen oder die Schaffung von "Vereinen der Groß-
75 region" (als Vorreiter) sind dafür die Grundvoraussetzung.

76 Der neue Deutsch-Französische Bürgerfonds kann durch gezielte Förderung die finanziellen Hürden für grenz-
77 überschreitende Projekte überwinden und kann als erster Schritt in Richtung einer grenzüberschreitenden Öff-
78 fentlichkeit verstanden werden. Wenn wir die Großregion als Lebensraum verstehen, müssen wir den Deutsch-
79 Französischen Bürgerfonds zu einem Bürgerfonds der Großregion weiterentwickeln. Durch diesen können
80 grenzüberschreitende Kooperationen, Vereine, Kultur, Theater und Sport niedrigschwellig und unbürokratisch
81 unterstützt werden; in der gesamten Großregion.

82 Grenzen können nicht nur rechtliche, bürokratische oder administrative Grenzen sein. Auch Sprache kann

83 ein Hindernis für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für die europäische Einigung sein. Die Mehr-
84 sprachlichkeit innerhalb der Großregion muss weiter ausgebaut werden. Sowohl mit Blick auf Tagesmütter,
85 Kitas und Schulen, aber auch im Bereich der beruflichen Ausbildung. Die Frankreichstrategie muss zu einer
86 Strategie Großregion ausgeweitet und zur Sache der Staatskanzlei gemacht werden.

87 "Europa entsteht durch Begegnung". Die Teilnahme an grenzüberschreitenden Bildungsfahrten und Bildungs-
88 seminar im Bereich der außerschulischen Bildung müssen für alle Schüler:innen sowie für Auszubildenden
89 verbindlich festgelegt werden. Die Großregion kann hier auf ihre bereits vorhandenen Partner, etwa der Eu-
90 ropäischen Akademie Otzenhausen oder dem Maison de Robert Schuman, zurückgreifen.

91 Bildung und Europabildung im Speziellen endet jedoch nicht mit dem Eintritt ins Berufsleben. Die Anzahl der
92 Bildungsurlaubstage für Erwachsene und Berufstätige muss erhöht und mit grenzüberschreitenden Bildungs-
93 angeboten verknüpft werden.

94 Bildung ist die Grundlage für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das gilt insbesondere für den grenz-
95 überschreitenden Zusammenhalt in der Großregion. Es ist dabei besonders wichtig, sich auf die Gemeinsam-
96 keite zu beziehen und diese frühzeitig zu lernen. Wir fordern daher die Erarbeitung von gemeinsamen Punk-
97 ten im Curriculum. Einerseits könnte im Geschichtsunterricht das Thema "Kelten in der Großregion" behandelt
98 werden. Als erstes europäisches Volk lebten sie über Grenzen hinweg und prägten maßgeblich unsere Regi-
99 on und kulturelle Identität. Außerdem sollte im Bereich Politik oder Gesellschaftskunde die Großregion als
100 politischer und gesellschaftlicher Raum behandelt werden.

101 Um den freien Verkehr von Wissen in der Großregion nicht nur auf Schulen und Hochschulen zu beschränken,
102 muss ein grenzüberschreitender Gesellenbrief ermöglicht werden und die Gleichwertigkeitsfeststellung (nicht
103 reglementierter Berufe) oder Anerkennung (reglementierter Berufe) erworbener Berufsqualifikationen und
104 Berufs- und Weiterbildungsabschlüsse weiter vereinfacht bzw. verbessert werden. Gesellen sollen die Mög-
105 lichkeit bekommen, eine grenzüberschreitende Meisterausbildung in Verantwortung der Kammern zu absol-
106 vieren.

107 Die Universität der Großregion muss weiter gestärkt und unterstützt werden, sodass sie sich organisch zu
108 einer echten und eigenständigen Universität weiterentwickeln kann.

109 Dazu müssen die Bachelor und Masterabschlüsse und Zeugnisse, die an den jeweiligen Partneruniversitäten
110 im Verbund der Großregion erworben werden, auch als solche gekennzeichnet werden. Ein Studium an der
111 Universität der Großregion muss auch als solches gekennzeichnet werden. Darüber Hinaus fordern außerdem
112 die Harmonisierung der Semesterzeiten innerhalb der Großregion. Administrative und bürokratische Hürden
113 dürfen nicht zu Hindernissen der Studierenden in der Großregion werden. Universität und studieren – gren-
114 zenlos!

115 Eine Großregion ohne Grenzen umfasst vor allem auch den digitalen Raum. Wir fordern daher die dauerhafte
116 Abschaffung der Roamingbegühren innerhalb der Großregion.

117 Die Akquirierung europäischer Fördergelder ist oft mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Da-
118 bei arbeiten die einzelnen Regionen oft für sich. Die Großregion muss ihre Kompetenzen und Bürokratien
119 zusammenlegen, um gemeinsam EU-Fördergelder zu beantragen.

K Kultur, Infrastruktur und Demokratie

K Kultur, Infrastruktur und Demokratie

K-1	Saarlouis	Flächendeckendes und funktionierendes WLAN an Schulen ausbauen	53
K-2	Saarbrücken-Land	Kommunale Finanzen auf den Kopf stellen – Funktionierende Kommunen als Keimzelle der Demokratie	54
K-3	Saarbrücken-Stadt	Katastrophenschutz digital vorantreiben	56

K-1

Titel Flächendeckendes und funktionierendes WLAN an Schulen ausbauen

AntragstellerInnen Saarlouis

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Flächendeckendes und funktionierendes WLAN an Schulen ausbauen

1 Nicht nur die Arbeitswelt oder der öffentliche Raum setzen immer stärker auf die Digitalisierung ihrer Pro-
2 zessabläufe, sondern auch die Schulen im Saarland nutzen immer mehr digitale Angebote. Da diese Angebote
3 fast durchweg über das Internet laufen, wird eine stabile und leistungsstarke Internetverbindung in Schulen
4 immer wichtiger. Die Forderung und Umsetzung von kostenfreiem WLAN an Schulen ist nicht neu und wurde
5 auch schon an vielen saarländischen Schulen erfolgreich umgesetzt – jedoch nicht an allen Schulen. Es gibt im
6 Saarland leider immer noch Schulen, die keinen WLAN-Zugang haben oder ein WLAN -Zugang zwar vorhanden
7 ist, aber nicht nutzbar, da noch nicht freigeschaltet. Diese Umstände benachteiligen daher viele saarländische
8 Schülerinnen und Schüler in ihrem Recht auf Bildung und der Erreichung von Lernfortschritten – denn das In-
9 ternet bietet eine Fülle an guten Lernmöglichkeiten und Bildungsangeboten. Jedoch können diese Angebote
10 von den Schülerinnen und Schülern nicht genutzt werden, wenn kein vernünftiges WLAN an ihrer Schule vor-
11 handen ist. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie und Wechselunterricht bzw. Unterricht von zu Hause aus,
12 sind solche digitalen Bildungsangebote von enormer Bedeutung, um Bildungslücken zu schließen. Doch was
13 bringt es, wenn Schülerinnen und Schüler diese digitalen Angebote an ihren Schulen nutzen möchten, jedoch
14 keine vernünftige Internetverbindung über ein kostenloses WLAN-Netzwerk vorhanden ist?

15 Daher fordern wir:

16 Den weiteren Ausbau von kostenlosem und funktionierendem WLAN weiter voranzutreiben, sodass alle Schu-
17 len und Schulformen im Saarland Zugang zum Internet haben.

K-2

Titel Kommunale Finanzen auf den Kopf stellen – Funktionierende Kommunen als Keimzelle der Demokratie

AntragstellerInnen Saarbrücken-Land

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Kommunale Finanzen auf den Kopf stellen – Funktionierende Kommunen als Keimzelle der Demokratie

- 1 Forderung:
- 2 Wir fordern einen solidarischen Schuldenschnitt für alle Gemeinde und Kommunen. Kommunalschulden ma-
 3 chen circa einen Anteil von 6,8% der gesamten Staatsschulden aus[1], führen jedoch dazu, dass vielerorts
 4 Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt oder völlig beschnitten sind. Eine Umverteilung dieser
 5 Schulden auf den Bund würde aufgrund einer Umverteilung der Zinslasten von Gemeinden auf den Bund
 6 dazu führen, dass die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen steigen. Gleichzeitig wäre eine Um-
 7 schichtung der vorhandenen Kredite auf neue Kredite, die durch den konstant niedrigen Leitzins, wesentlich
 8 günstiger wären als Altkredite eine Option zur Reduktion der dadurch neu erwachsenden Zinslasten im Bun-
 9 deshaushalt.
- 10 Weiterhin sind flankierende Maßnahmen, um strukturelle Defizite in Bezug auf kommunale Einnahmen und
 11 Ausgaben zu reduzieren, um einer Neuverschuldung strukturschwacher Kommunen entgegenzuwirken not-
 12 wendig. Daher fordern wir:
- 13 • Die Abschaffung des kommunalen Beitrages zu den Sozialausgaben hierzu ist es notwendig direkte
 14 Zweckgebundene Transfers vom Bund zu den Kommunen zu ermöglichen.
 - 15 • Eine moderate Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer.
 - 16 • Die Einbeziehung der Einkünfte aus selbstständiger Arbeit in die Bemessungsgrundlage der Gewerbe-
 17 steuer bei gleichzeitiger Entlastung dieser in der Einkommenssteuer.
 - 18 • Die besondere Berücksichtigung kommunaler Einnahmen bei der Grundsteuerreform.
- 19 Analyse:
- 20 Kommunen und deren Handlungsfähigkeit ist aufgrund der direkten Schnittstelle den diese zwischen Staat
 21 und Bevölkerung darstellen ein enorm wichtiges Element in föderalen Demokratien. Mangelnde Kitaplätze,
 22 schlechte Infrastruktur, schlecht ausgestattete Schulen und Kindergärten ergeben sich aus finanzieller kom-
 23 munaler Handlungsfähigkeit oder einer sehr starken Einschränkung dieser. Teilweise ist diese finanzielle Not-
 24 lage durch Eigenverschulden aber auch durch Strukturwandel entstanden, dem die Kommunen als solches
 25 nicht entgegenzusetzen haben bzw. hatten.
- 26 Kommunen in Ihrer Funktion als Dienstleister für Demokratie und Gemeinwesen müssen jedoch handlungs-
 27 fähig sein und bleiben. Um aus dem Status quo mit seiner finanziellen negativspirale für viele Städte und
 28 Gemeinden auszubrechen ist ein Umdenken in der aktuellen Schuldenstruktur und der Gestaltung der Ein-
 29 nahmen und Ausgaben notwendig. Unmittelbar ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines Schuldenschnitts
 30 für alle Gemeinden und Kommunen.

31 Weiterhin sehen wir vor allem Reformbedarf hin zu planbaren kommunalen Einnahmen. Hierbei sollen mehr
32 Nutzer der örtlichen Infrastruktur mit in die Pflicht genommen werden, aber gleichzeitig an anderer Stelle
33 entlastet werden. Weiterhin müssen die Beiträge zur Sozialhilfe, die in einigen Kommunen bis zu 85%^[2,3]
34 des Haushaltes stemmen reduziert und gedeckelt werden, hierzu müssen auch dem Konnexitätsprinzip ge-
35 recht werdende Zahlungen vom Bund an die Kommunen zum bewältigen dieser Aufgaben ermöglicht werden.
36 Ein Schuldenschnitt kann nur dann erfolgreich sein, wenn die strukturellen Probleme, wie schlecht planbare
37 Einnahmen und hohe Ausgaben für Sozialhilfe gelöst werden und Kommunen dadurch nachhaltig finanziell
38 handlungsfähig werden.

39 [1] <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finzen/Schulden-Finanzvermoegen/Tabel->
40 [len/liste-vorlaufuger-schuldenstand-gesamthaushalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finzen/Schulden-Finanzvermoegen/Tabel-)

41 [2] Felix Anton, Florian Boettcher, Ronny Freier, Benjamin Holler, René Geißler: *Kommunaler Finanzreport*. Gü-
42 tersloh 2015, S. 18ff

43 [3] Klaus-Jürgen Duschek, Antje Lemmer: *Ergebnisse der Sozialhilfestatistik 2011*. In: *Wirtschaft und Statistik*, März
44 2013, Statistisches Bundesamt, S. 211

45 Begründung:

46 Mündlich.

K-3

Titel Katastrophenschutz digital vorantreiben

AntragstellerInnen Saarbrücken-Stadt

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Katastrophenschutz digital vorantreiben

- 1 Um den Katastrophenschutz individueller und direkter aufzubauen, fordern wir:
- 2 • Cell Broadcasting bundesweit, für alle Anbieter
- 3 • Schließen von Mobilfunk-Lücken
- 4 • Zusammenlegen aller Staatlichen Warn-Apps
- 5 Begründung:
- 6 Der Katastrophenschutz ist eine wichtige öffentliche Angelegenheit. Der Warntag 2020 und die starken Fluten
- 7 zeigen aber, dass der Katastrophenschutz in Deutschland nicht funktioniert. Meldekettten brechen zusammen,
- 8 Sirenen funktionieren nur vereinzelt, Melde-Apps schlagen nicht immer aus.
- 9 Hier muss massiv investiert werden, Meldekettten und -strukturen neu aufgebaut und ggfs. sogar Befugnisse
- 10 neu verteilt werden. Bund und Länder stellen verschiedene Apps zur Warnung bereit. Nicht alle Bürger*innen
- 11 haben diese installiert. Daher muss Cell Broadcasting Standard werden. Betroffene Einwohner*innen erhal-
- 12 ten so eine Warnung per SMS. Die staatlichen Warn-Apps sollten auf eine reduziert werden. Hier sollen den
- 13 Bürger*innen mehr Informationen zur Verfügung stehen.